

Entwurf der Redaktionsgruppe Grundsatzprogramm
Hubertus Heil – Andrea Nahles – Wolfgang Thierse

Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert

**Grundsatzprogramm
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.**

*Empfehlung der Antragskommission zum „Bremer Entwurf“ für ein
neues Grundsatzprogramm der SPD.*

Inhalt

Einleitung

- 1. Die Zeit, in der wir leben**
- 2. Unsere Grundwerte und Grundüberzeugungen**
- 3. Unsere Ziele, unsere Politik**
 - 3.1 Eine friedliche und gerechte Welt**
 - 3.2 Das soziale und demokratische Europa**
 - 3.3 Solidarische Bürgergesellschaft und demokratischer Staat**
 - 3.4 Die Gleichstellung der Geschlechter**
 - 3.5 Nachhaltiger Fortschritt und qualitatives Wachstum**
 - 3.6 Gute Arbeit für alle**
 - 3.7 Der vorsorgende Sozialstaat**
 - 3.8 Bessere Bildung, kinderfreundliche Gesellschaft**
- 4. Unser Weg**

1 Einleitung

3 1. Fortschritt und Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert.

- 5 2. Die Zukunft ist offen – voll neuer Möglichkeiten, aber auch voller Gefahren. Deshalb müssen
6 Fortschritt und soziale Gerechtigkeit demokratisch erkämpft werden. Den Menschen verpflichtet, in
7 der stolzen Tradition des demokratischen Sozialismus, mit Sinn für Realität und mit Tatkraft, stellt
8 sich die deutsche Sozialdemokratie in der Welt des 21. Jahrhunderts ihren Aufgaben. Für
9 dauerhaften Frieden und für die Sicherung der ökologischen Lebensgrundlagen. Für eine freie,
10 gerechte und solidarische Gesellschaft. Für die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aller
11 Menschen – unabhängig von Herkunft und Geschlecht, frei von Armut, Ausbeutung und Angst.
12
- 13 3. Wir erstreben eine friedliche und gerechte Weltordnung. Wir setzen auf die Stärke des Rechts, um
14 das Recht des Stärkeren zu überwinden. Das soziale Europa muss unsere Antwort auf die
15 Globalisierung werden. Nur in gemeinsamer Sicherheit und Verantwortung, nur in Solidarität und
16 Partnerschaft werden die Völker, Staaten und Kulturen das Überleben der Menschheit und des
17 Planeten sichern können.
18
- 19 4. Wir arbeiten für nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und
20 ökologische Vernunft vereint. Durch qualitatives Wachstum wollen wir Armut und Ausbeutung
21 überwinden, Wohlstand und gute Arbeit für alle ermöglichen und dem bedrohlichen Klimawandel
22 begegnen. Es gilt, die natürlichen Lebensgrundlagen auch für künftige Generationen zu sichern und
23 die Qualität des Lebens zu verbessern. Dafür wollen wir die Möglichkeiten des wissenschaftlichen
24 und technischen Fortschritts in den Dienst der Menschen stellen.
25
- 26 5. Wir entwickeln den vorsorgenden Sozialstaat, der Armut bekämpft, den Menschen gleiche Chancen
27 auf ein selbst bestimmtes Leben eröffnet, gerechte Teilhabe gewährleistet und die großen
28 Lebensrisiken verlässlich absichert. Wir setzen auf das Miteinander der Generationen und die
29 Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Unsere Unterstützung gilt den Familien, unsere
30 besondere Solidarität gilt den Schwächsten in unserer Gesellschaft. Wir wollen gute Bildung und ein
31 gesundes Leben für alle. Wir wollen kein Kind zurücklassen.
32
- 33 6. Wir setzen auf die Stärken der solidarischen Bürgergesellschaft. Mit der Gestaltungskraft
34 demokratischer Politik wollen wir den Zusammenhalt in unserem Land stärken, Zugehörigkeit und
35 Heimat ermöglichen. In Deutschland wollen wir eine Kultur der Anerkennung fördern: Die
36 Menschen sollen in gegenseitigem Respekt vor der Würde, der Kultur und der Leistung ihrer
37 Mitmenschen zusammenleben. Wir arbeiten für unseren sozialen und demokratischen Rechtsstaat,
38 der Sicherheit in Freiheit gewährleistet.
39
- 40 7. In unserer Zeit der rasanten Veränderung suchen viele Menschen Orientierung und Perspektive. Wir
41 wissen: Millionen von Menschen aus der gesamten Gesellschaft teilen unsere Werte und unsere
42 Ziele. Diese solidarische Mehrheit wollen wir für sozialdemokratische Politik gewinnen.
43
44

45 1. Die Zeit, in der wir leben

- 47 1. Das 21. Jahrhundert ist das erste wirklich globale Jahrhundert. Nie zuvor waren die Menschen
48 weltweit so sehr aufeinander angewiesen. Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus wurden die
49 Teilung unseres Landes und die politische Spaltung der Welt überwunden. Seither erleben wir den
50 tiefsten geschichtlichen Umbruch seit der industriellen Revolution. Wissenschaft und Technik
51 treiben ihn voran. Dieses Jahrhundert wird entweder ein Jahrhundert des sozialen, ökologischen und
52 wirtschaftlichen Fortschritts, der allen Menschen mehr Wohlfahrt, Gerechtigkeit und Demokratie
53 eröffnet. Oder es wird ein Jahrhundert erbitterter Verteilungskämpfe und entfesselter Gewalt.
54

- 1 2. Die heutige Lebensweise unserer industriellen Gesellschaften überfordert die ökologische
2 Belastbarkeit der Erde spätestens dann, wenn nicht mehr sechs, sondern bald neun Milliarden
3 Menschen so wirtschaften und konsumieren, wie wir im reichen Teil der Welt es tun. Auf dem Spiel
4 stehen ein menschenwürdiges Leben, der Friede auf der Welt und nicht zuletzt die Bewohnbarkeit
5 unseres Planeten. Ein wachsender Teil der Weltbevölkerung leidet bereits an den Folgen der
6 Erwärmung der Erdatmosphäre, unter Wüstenbildung und Wasserknappheit. Menschen aus
7 Regionen, in denen ökologische Bedingungen zu Hunger führen, drängen immer stärker in weniger
8 gefährdete Teile der Welt. Den Klimawandel zu begrenzen und aufzuhalten, ist daher eine der
9 zentralen Herausforderungen im 21. Jahrhundert.
10
- 11 **3. Die Widersprüche der Globalisierung**
12
- 13 4. Die Welt wächst zusammen. Digitalisierte Medien und andere technische Neuerungen haben die
14 Bedeutung von Raum und Zeit revolutioniert. Wir erleben zum ersten Mal in der Geschichte eine
15 weltweite Arbeitsteilung, in die große Teile der Menschheit einbezogen sind. Die Globalisierung, die
16 Öffnung von Grenzen und von Märkten, ist das Ergebnis nicht nur von technischen Innovationen,
17 sondern auch von politischen Entscheidungen. Sie bietet die Chance, Hunger, Armut und Seuchen zu
18 überwinden. Der Welthandel bringt vielen Menschen neue Arbeit und Wohlstand. Zugleich aber
19 prägt den globalen Kapitalismus ein Mangel an Demokratie und Gerechtigkeit. So steht er dem Ziel
20 einer freien und solidarischen Welt entgegen. Er verschärft alte Ungerechtigkeiten und schafft neue.
21 Deshalb kämpfen wir für eine Politik, die im eigenen Land, in Europa und in der Welt eine soziale
22 Antwort auf den globalen Kapitalismus formuliert.
23
- 24 5. Der globale Kapitalismus häuft große Mengen an Kapital an, die aber nicht zwangsläufig neuen
25 Wohlstand erzeugen. Entfesselte Finanzmärkte bringen Spekulation und Erwartungen hervor, die
26 einer nachhaltigen und langfristig ausgerichteten Wirtschaftsweise entgegenstehen. Wo das einzige
27 Ziel die schnelle und hohe Rendite ist, werden allzu oft Arbeitsplätze vernichtet und Innovationen
28 verhindert. Kapital muss der Wertschöpfung und dem Wohlstand dienen.
29
- 30 6. Mit der Globalisierung verschmilzt die Welt immer mehr zu einem einzigen Markt. Die
31 wirtschaftliche Macht konzentriert sich in global agierenden Unternehmen, Banken und Fonds.
32 Transnationale Unternehmen planen ihre Gewinnstrategien über alle Grenzen hinweg, sie
33 unterlaufen demokratisch legitimierte Entscheidungen. Die Nationalstaaten, selbst die größten unter
34 ihnen, drohen zu bloßen Standorten zu werden, die um Investitionen des globalen Kapitals
35 konkurrieren. Daher müssen sich Nationalstaaten zusammenschließen und ihren Einfluss gemeinsam
36 stärken. Europa hat diesen Weg eingeschlagen. Ein soziales Europa kann Vorbild auch für andere
37 Teile der Welt werden.
38
- 39 7. Nie zuvor verfügte die Welt über soviel Wissen. Der technische Fortschritt hat ein ungeheures
40 Tempo erreicht. Schwere körperliche Arbeit kann ersetzt werden. Wir können Krankheiten besiegen,
41 die lange als unheilbar galten. Die durchschnittliche Lebenserwartung steigt. Aber das Wissen und
42 andere öffentliche Güter kommen nicht allen Menschen zugute, weil sie zur käuflichen Ware
43 werden. In vielen Ländern nimmt der Abstand zwischen Arm und Reich zu. Weltweit schreitet die
44 Zerstörung der Natur voran.
45
- 46 8. Wo Grenzen fallen, steigen die Chancen auf ein friedliches Miteinander der Völker und Kulturen. Im
47 selben Maße, wie die Welt zusammenwächst, wird sie jedoch auch verwundbarer. Wir erleben, dass
48 Staaten zerfallen, Brutstätten für Anarchie und Terrorismus entstehen, religiöse und politische
49 Fundamentalisten die Welt willkürlich in Gut und Böse teilen. Privatisierte, entstaatlichte Gewalt
50 und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bringen neue Gefahren hervor. Das alles
51 bedroht den Frieden.
52
- 53 9. Nach zwei mörderischen Weltkriegen und dem Holocaust haben die Völker Europas im 20.
54 Jahrhundert einen Kontinent des Friedens und der offenen Grenzen geschaffen. Die friedlichen
55 Revolutionen von 1989 haben die Spaltung Europas in Ost und West überwunden. Die Deutsche
56 Einheit hat Freiheit und Demokratie für unser ganzes Land gebracht. Nicht nur in Deutschland, fast

1 überall in Europa genießen die Menschen Wohlstand und Lebensqualität wie nie zuvor. Aber
 2 zugleich durchlebt Europa bei den Bürgerinnen und Bürgern eine Vertrauenskrise. Die Menschen in
 3 den europäischen Staaten, auch in Deutschland, verlangen mehr Demokratie, mehr Rücksichtnahme
 4 auf soziale Belange, mehr Respekt vor nationalen Identitäten und kulturellen Traditionen. Deshalb
 5 muss Europa mehr als ein Staatenverbund sein, es muss ein soziales und demokratisches Bündnis
 6 seiner Bürgerinnen und Bürger werden.

8 10. Umbruch in Arbeitswelt und Gesellschaft

- 9
- 10 11. Erstmals tritt neben den Weltmarkt von Kapital und Waren eine weltweite Konkurrenz von
 11 Dienstleistung und Arbeit. Mehr Menschen als je zuvor sind von der Globalisierung und dem
 12 internationalen Wettbewerb unmittelbar betroffen. Russland, China und Indien sind für uns
 13 Zukunftsmärkte. Mit deren Eintritt in den Weltmarkt aber steigt auch die Zahl von Arbeitskräften
 14 enorm, die im Rahmen der globalen Arbeitsteilung verfügbar sind. Die Konkurrenz wird härter.
 15
- 16 12. Deutschland zählt dank der Stärke seiner Industrie zu den Gewinnern der Globalisierung. Aber nicht
 17 jeder in unserem Land hat gewonnen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erleben, wie selbst
 18 florierende Unternehmen verlagert werden. Anonyme Fondsmanager kaufen und verkaufen Firmen
 19 wie Händler ihre Ware auf dem Großmarkt.
 20
- 21 13. Unsere Arbeitsgesellschaft befindet sich in einem tief greifenden Wandel. Das Tempo der
 22 Innovationen steigt und die Vielfalt der Beschäftigungsformen nimmt zu. Qualifikation und Wissen
 23 werden immer wichtiger. Neue kreative Berufe entstehen. Das traditionelle Normalarbeitsverhältnis
 24 – unbefristet und mit geregelten Arbeitszeiten – verliert an Bedeutung. Das Arbeitsleben vieler
 25 Menschen ist von einem Wechsel zwischen abhängiger Beschäftigung, Nichterwerbstätigkeit,
 26 Phasen der Familienarbeit und Selbstständigkeit bestimmt.
 27
- 28 14. Diese Veränderungen, nicht selten als Zwang erlebt, können Menschen überfordern und ängstigen.
 29 Viele fürchten, abgehängt, vernachlässigt oder gar vergessen zu werden, auch von der Politik. Wer
 30 gering qualifiziert oder nicht mehr jung ist, wird oft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Frauen haben
 31 selbst mit den besten Bildungsabschlüssen noch längst nicht den gleichen Zugang zu beruflichem
 32 Aufstieg und zu Existenz sichernder Arbeit. Wer Arbeit hat, sieht seine Lebensqualität häufig durch
 33 steigenden Druck, härtere Konkurrenz und die Anforderung bedroht, immer verfügbar zu sein.
 34
- 35 15. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben Sozialdemokratie, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in
 36 der Bundesrepublik große Fortschritte erstritten. Nie zuvor konnten so viele Menschen am
 37 kulturellen, sozialen und politischen Leben teilnehmen. Die soziale Absicherung hat ein hohes
 38 Niveau erreicht. Der globale Kapitalismus gefährdet diese Erfolge. Armut nimmt wieder zu und die
 39 Kluft zwischen Arm und Reich vertieft sich weiter, auch in Deutschland. Nicht jede und jeder kann
 40 durch eigene Arbeit den eigenen Lebensunterhalt bestreiten. Dies gilt besonders für viele Menschen
 41 in den neuen Bundesländern. Viele Einwandererfamilien und Alleinerziehende haben hart zu
 42 kämpfen, wenn ihre Kinder eine Chance bekommen sollen. Manche leben schon in dritter
 43 Generation von Sozialhilfe. Armsein vererbt sich nicht zuletzt deshalb, weil in Deutschland stärker
 44 als anderswo die Bildung von der Herkunft bestimmt wird. Sozialer Aufstieg ist noch immer nicht
 45 für alle gleichermaßen erreichbar.
 46
- 47 16. Auf dem Weg der Gleichstellung von Frauen und Männern ist unsere Gesellschaft weit
 48 vorangekommen. Aber noch immer können viele ihre Lebensentwürfe nicht verwirklichen.
 49 Rechtliche Gleichheit bedeutet noch lange keine Gleichstellung. Gerade in Berufs- und Arbeitswelt
 50 bestehen alte Benachteiligungen fort. Immer noch ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ganz
 51 überwiegend ein Problem der Mütter, verdienen Frauen weniger als Männer und verlieren leichter
 52 ihre Arbeitsplätze.
 53
- 54 17. Die Lebenserwartung in Deutschland steigt. Das ist ein großes Geschenk: Länger leben zu können,
 55 bedeutet mehr Zeit für Aktivität, Bildung und Genüsse, die lange zurückstehen mussten. Auf der

1 anderen Seite werden mehr Menschen in hohem Alter, zumal wenn sie allein leben, auf die Hilfe der
2 Gesellschaft angewiesen sein.

3
4 18. Gleichzeitig erfüllen sich weniger junge Männer und Frauen ihren Kinderwunsch. Dies führt zu
5 Veränderungen in vielen Bereichen des Alltagslebens, von der Arbeitswelt bis zu den
6 Sozialsystemen, es verändert insgesamt die Atmosphäre unserer Gesellschaft. Aus ganzen Regionen
7 wandern die wenigen Jungen ab, die Alten bleiben. Wer keine Region aufgeben will, muss den
8 Menschen vor Ort helfen, für ihre Heimat Zukunftsperspektiven zu schaffen.

9
10 19. Die Globalisierung hat auch eine kulturelle Dimension. Religionen und Kulturen begegnen einander
11 mehr denn je. Menschen finden heute an fast allen Orten der Welt Angehörige ihrer Kultur, Produkte
12 aus ihrer Heimat und Medien, die ihnen den Kontakt zu ihren Herkunftsländern lebendig halten. In
13 ihren Heimatländern begegnen sie anderen Kulturen. Das Fremde rückt näher, auch die Chance, es
14 zu verstehen. Wo die Angst vor dem Fremden überwiegt, wächst die Gefahr, dass aus Vorurteilen
15 Konflikte entstehen. Wo kulturelle Konflikte durch soziale Gegensätze verschärft werden, entsteht
16 Gewalt. Kulturelle Vielfalt aber ist heute ein Merkmal erfolgreicher Gesellschaften.

17 18 20. **Demokratie und Politik**

19
20 21. Die Globalisierung mindert die Gestaltungsmöglichkeiten des demokratischen Nationalstaates.
21 Gleichzeitig wachsen der Politik neue Aufgaben zu. Hierzu gehören der Klimaschutz, die soziale
22 Integration von Millionen Menschen und der demographische Wandel.

23
24 22. Viele Menschen spüren den Machtverlust des Staates im globalen Zeitalter. Sie glauben nicht mehr
25 an die politische Veränderbarkeit der Dinge. Das Vertrauen in die Gestaltbarkeit der Gesellschaft
26 wiederherzustellen und die Menschen zu ermutigen, ihre Geschicke selbst bestimmt und solidarisch
27 in die Hand zu nehmen, gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie.

28
29 23. Unsere Demokratie befindet sich in einer Vertrauenskrise. Die traditionellen Parteibindungen
30 nehmen ab. Die Bereitschaft zum gesellschaftlichen Engagement aber ist nach wie vor hoch, denn
31 wir sind in keinem unpolitischen Zeitalter. Da die Parteien als Mittler zwischen Zivilgesellschaft und
32 Staat für die Demokratie unverzichtbar sind, sind ihre Fantasie, ihre Beweglichkeit, aber auch ihre
33 Grundsatztreue in besonderer Weise herausgefordert.

34
35 24. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind überzeugt: Die Menschen haben es selbst in
36 der Hand, ihre Zukunft friedlich, gerecht und solidarisch zu gestalten. Aus einer klaren und
37 realistischen Analyse der Zeit, in der wir leben, leiten wir unsere Vorstellungen von einer
38 lebenswerten Zukunft ab. Es gibt keinen Weg zurück in die Ära der alten Industriegesellschaft und
39 der Nationalstaaten des 20. Jahrhunderts. Die große Aufgabe des 21. Jahrhunderts lautet, die
40 Globalisierung durch demokratische Politik zu gestalten. Wir richten den Blick nach vorn.

41 42 43 **2. Unsere Grundwerte und Grundüberzeugungen**

44
45 1. Die deutsche Sozialdemokratie, die älteste demokratische Partei in Deutschland, war immer Teil
46 einer internationalen Freiheitsbewegung. Sie hat Freiheitsrechte und Demokratie erstritten, das
47 Frauenwahlrecht erkämpft, sich jeder Diktatur widersetzt. Sie hat schon früh die Gefahr des
48 Nationalsozialismus erkannt und im Reichstag das Ermächtigungsgesetz abgelehnt. Viele
49 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten leisteten Widerstand und wurden Opfer des NS-Terrors.
50 Der Wille zur Freiheit machte den Bruch mit den Kommunisten unausweichlich. Die
51 Wiedergründung der Sozialdemokratie in der DDR war ein Signal für die Freiheit.

52
53 2. Die Sozialdemokratie entstand als Teil der Arbeiterbewegung. Sie hat Arbeiterrechte erstritten, den
54 Sozialstaat ausgebaut und zusammen mit den Gewerkschaften aus verachteten Proletarierinnen und
55 Proletariern gleichberechtigte und selbstbewusste Staatsbürgerinnen und Staatsbürger gemacht.

- 1 3. Die Sozialdemokratie war – im Gegensatz zu anderen Parteien – immer internationalistisch und
 2 europäisch orientiert. Deshalb arbeiten wir weiter am Projekt des geeinten Europa, das 1925 im
 3 Heidelberger Programm der SPD eine Vision war und nun vollendet werden kann.
 4
- 5 4. Obwohl viele entschiedene Pazifisten die Sozialdemokratie als politische Heimat betrachtet haben,
 6 war sie nie eine pazifistische Partei. Aber sie war immun gegen Chauvinismus und Militarismus. Wo
 7 sie Regierungsverantwortung trug, diente sie dem Frieden. Wir sind stolz darauf, niemals Krieg,
 8 Unterdrückung oder Gewaltherrschaft über unser Volk gebracht zu haben.
 9
- 10 5. Die Sozialdemokratie war von Anbeginn die Demokratiepartei. Sie hat die politische Kultur unseres
 11 Landes entscheidend geprägt. In ihr arbeiten Frauen und Männer unterschiedlicher Herkunft,
 12 verschiedener religiöser und weltanschaulicher Überzeugungen zusammen. Sie verstehen sich seit
 13 dem Godesberger Programm von 1959 als linke Volkspartei, die ihre Wurzeln in Humanismus und
 14 Aufklärung, christlicher Ethik, marxistischer Gesellschaftsanalyse und den Erfahrungen der
 15 Arbeiterbewegung hat. Die linke Volkspartei verdankt wichtige Impulse der Frauenbewegung und
 16 den neuen sozialen Bewegungen.
 17
- 18 6. Wir wissen, dass jede Zeit ihre eigenen Antworten auf die sozialen und politischen Fragen verlangt.
 19 Im Ringen um die zeitgemäßen programmatischen Antworten auf die gesellschaftlichen
 20 Entwicklungen bekennen wir uns zum freien Meinungsstreit. Wir begrüßen und achten persönliche
 21 Grundüberzeugungen und Glaubenshaltungen. Sie können niemals Parteibeschlüssen unterworfen
 22 sein. Was uns eint, ist die Überzeugung, dass die Gesellschaft gestaltbar ist und nicht vor dem
 23 blinden Wirken der kapitalistischen Globalisierung kapitulieren muss. Und was uns eint, ist die
 24 historische Erfahrung, dass sozialdemokratische Politik dabei nur erfolgreich sein kann, wenn sie
 25 verbunden ist mit dem demokratischen Engagement der Menschen in den Gewerkschaften, den
 26 Friedens-, Frauen-, Umwelt-, Bürgerrechts-, Eine-Welt- und globalisierungskritischen Bewegungen
 27 und Netzwerken. Die SPD fühlt sich diesen Bewegungen auch in Zukunft verbunden.
 28
- 29 **7. Unser Bild vom Menschen**
 30
- 31 8. Die gleiche Würde aller Menschen ist Ausgangspunkt und Ziel unserer Politik. Menschen tragen
 32 verschiedene Möglichkeiten in sich. Sie sind weder zum Guten, noch zum Bösen festgelegt. Sie sind
 33 vernunftbegabt und lernfähig. Daher ist Demokratie möglich. Sie sind fehlbar, können irren und in
 34 Unmenschlichkeit zurückfallen. Darum ist Demokratie nötig. Jeder Mensch trägt Verantwortung für
 35 sein Leben. Niemand kann oder soll sie ihm abnehmen. Menschen dürfen nie zum Mittel für
 36 irgendwelche Zwecke erniedrigt werden, weder vom Staat noch von der Wirtschaft. Wir
 37 widersprechen jedem politischen Allmachtsanspruch über die Menschen. Wenn Politik selbst Glück
 38 und Erfüllung verspricht, läuft sie Gefahr, in totalitäre Herrschaft abzugleiten.
 39
- 40 9. Die Demokratie ist die einzige politische Ordnung, die der Selbstverantwortung der Menschen
 41 gerecht wird und die Grenzen der Politik entsprechend bemisst. Die Menschen- und Bürgerrechte
 42 legen der Politik und den staatlichen Institutionen Grenzen auf, ohne die es keine Demokratie geben
 43 kann. Der Mensch ist aber nicht nur ein Individualwesen mit seinen Rechten und Pflichten, sondern
 44 auch ein Sozialwesen, also auf Kooperation angelegt und zu Kooperation bereit. Die Demokratie
 45 stützt die Kooperationsbereitschaft durch ihre Institutionen, sie organisiert Solidarität über
 46 unterschiedliche soziale Lagen, Generationen und Herkünfte hinweg.
 47
- 48 10. "Frei und gleich an Würde und Rechten", wie es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte
 49 heißt, soll jeder Mensch sein Leben in Gemeinschaft mit anderen selbst bestimmen können. Wir
 50 streben eine Gesellschaft der Freien und Gleichen an, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in
 51 Freiheit entfalten kann, ohne die Würde und Freiheit anderer zu verletzen. Wir widersetzen uns jeder
 52 Form der Diskriminierung. Die Würde des Menschen ist unabhängig von seiner Leistung und seiner
 53 wirtschaftlichen Nützlichkeit. Darum ist die Gesellschaft bei Behinderung, im Alter, am
 54 Lebensanfang und am Lebensende zum Schutz der Menschenwürde besonders verpflichtet.
 55
 56

1 **11. Unsere Grundwerte**

- 2
- 3 12. "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit", die Grundforderungen der Französischen Revolution, sind die
4 Grundlage der europäischen Demokratie. Seit das Ziel der gleichen Freiheit in der Moderne zum
5 Inbegriff der Gerechtigkeit wurde, waren und sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität die
6 Grundwerte des freiheitlichen, demokratischen Sozialismus. Sie bleiben unser Kriterium für die
7 Beurteilung der politischen Wirklichkeit, Maßstab für eine bessere Ordnung der Gesellschaft,
8 Orientierung für das Handeln der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.
9
- 10 13. Der Sozialdemokratie ging es in ihrer Geschichte immer darum, neben den rechtlichen auch die
11 materiellen Voraussetzungen der Freiheit, neben der Gleichheit des Rechts auch die Gleichheit der
12 Teilhabe und der Lebenschancen, also soziale Gerechtigkeit, zu erkämpfen.
13
- 14 14. Konservative und Liberale spielen die Grundwerte nicht selten gegeneinander aus: Je mehr Freiheit,
15 desto weniger Gerechtigkeit und umgekehrt. Im sozialdemokratischen Verständnis bilden sie eine
16 Einheit. Sie sind gleichwertig und gleichrangig. Vor allem: sie bedingen, ergänzen, stützen und
17 begrenzen einander. Unser Verständnis der Grundwerte bewahrt uns davor, Freiheit auf die Freiheit
18 des Marktes, Gerechtigkeit auf den Rechtsstaat, Solidarität auf Armenfürsorge zu reduzieren.
19
- 20 15. **Freiheit** bedeutet die Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben. Jeder Mensch ist zur Freiheit berufen
21 und befähigt. Ob er dieser Berufung entsprechend leben kann, entscheidet sich in der Gesellschaft.
22 Er muss frei sein von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Not und Furcht, und er muss die Chance
23 haben, seine Fähigkeiten zu entfalten und in Gesellschaft und Politik verantwortlich mitzuwirken.
24 Nur wer sich sozial ausreichend gesichert weiß, kann seine Freiheit nutzen.
25
- 26 16. Die Freiheit des Einzelnen endet, wo sie die Freiheit des Anderen verletzt. Wer Anderen Unfreiheit
27 zumutet, kann auf Dauer selbst nicht frei sein.
28
- 29 17. **Gerechtigkeit** gründet in der gleichen Würde jedes Menschen. Sie bedeutet gleiche Freiheit und
30 gleiche Chancen, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Also meint Gerechtigkeit gleiche
31 Teilhabe an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Kultur und Demokratie, gleichen Zugang zu allen
32 öffentlichen Gütern. Wo die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen die Gesellschaft
33 teilt in solche, die über andere verfügen und solche, über die verfügt wird, verstößt sie gegen die
34 gleiche Freiheit und ist darum ungerecht. Daher erfordert Gerechtigkeit mehr Gleichheit in der
35 Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht. Denn große Ungleichheiten in deren Verteilung
36 gefährden die Gleichheit der Lebenschancen. Deswegen ist die soziale Demokratie notwendig.
37
- 38 18. Gleiche Lebenschancen bedeuten nicht Gleichmacherei. Im Gegenteil: sie bieten Raum für die
39 Entfaltung individueller Neigungen und Fähigkeiten. Menschen sind und bleiben verschieden. Aber
40 natürliche Ungleichheiten und soziale Herkunft dürfen nicht zum sozialen Schicksal werden.
41 Lebenswege dürfen nicht von vornherein festgelegt sein. Wir wenden uns gegen jede Form von
42 Privilegien – der Herkunft, des Standes, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Religion.
43
- 44 19. Leistung muss anerkannt und respektiert werden. Gerecht ist eine der Leistung angemessene
45 Verteilung von Einkommen und Vermögen. Eigentum verpflichtet: Wer überdurchschnittlich
46 verdient, mehr Vermögen besitzt als andere, soll auch mehr zum Wohl der Gesellschaft beitragen.
47
- 48 20. **Solidarität** bedeutet wechselseitige Verbundenheit, Zusammengehörigkeit und Hilfe. Sie ist die
49 Bereitschaft der Menschen, füreinander einzustehen und sich gegenseitig zu helfen. Sie gilt zwischen
50 Starken und Schwachen, zwischen Generationen, zwischen den Völkern. Solidarität schafft Macht
51 zur Veränderung, das ist die Erfahrung der Arbeiterbewegung. Solidarität ist eine starke Kraft, die
52 unsere Gesellschaft zusammen hält – in spontaner und individueller Hilfsbereitschaft, mit
53 gemeinsamen Regeln und Organisationen, im Sozialstaat als politisch verbürgter und organisierter
54 Solidarität.
55
56

1 **21. Demokratischer Sozialismus**

- 2
- 3 22. Unsere Geschichte ist geprägt von der Idee des demokratischen Sozialismus, einer Gesellschaft der
4 Freien und Gleichen, in der unsere Grundwerte verwirklicht sind. Sie verlangt eine Ordnung von
5 Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, in der die bürgerlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen
6 Grundrechte für alle Menschen garantiert sind, alle Menschen ein Leben ohne Ausbeutung,
7 Unterdrückung und Gewalt, also in sozialer und menschlicher Sicherheit führen können.
8
- 9 23. Das Ende des Staatssozialismus sowjetischer Prägung hat die Idee des demokratischen Sozialismus
10 nicht widerlegt und die Orientierung der Sozialdemokratie an Grundwerten eindrucksvoll bestätigt.
11 Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen
12 Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip unseres Handelns
13 ist die Soziale Demokratie als gesellschaftliche Praxis.
14

15 **24. Primat der Politik und Prinzip der Nachhaltigkeit**

- 16
- 17 25. Weil wir an diesem Ziel festhalten, bestehen wir auf dem Primat demokratischer Politik und
18 widersprechen der Unterwerfung des Politischen unter das Ökonomische. Dabei haben wir einen
19 weiten Begriff des Politischen, der nicht auf den Staat reduziert werden darf, sondern
20 zivilgesellschaftliche Allianzen und Netzwerke wie auch das freie, selbstbestimmte Handeln der
21 Menschen einschließt. Politik muss dafür sorgen, dass nicht vollends zur Ware wird, was nicht zur
22 Ware werden darf: Recht, Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Kultur, natürliche Umwelt.
23
- 24 26. Die Demokratie wird sich in Zukunft darin bewähren müssen, dass sie den Zugang zu diesen
25 öffentlichen Gütern gewährleistet, die politische Verantwortung für die Daseinsvorsorge behauptet,
26 die eine gerechte Verteilung von Lebenschancen erst ermöglicht. Das ist in einer Welt knapper
27 werdender Ressourcen mehr denn je erforderlich und darf nicht dem Markt überlassen werden.
28
- 29 27. Für uns ist der Markt ein notwendiges und anderen wirtschaftlichen Koordinierungsformen
30 überlegenes Mittel, niemals aber Ziel verantwortlicher Politik. Der sich selbst überlassene Markt ist
31 sozial und ökologisch blind. Er ist von sich aus nicht in der Lage, die öffentlichen Güter in
32 angemessenem Umfang bereitzustellen. Damit der Markt seine positive Wirksamkeit entfalten kann,
33 bedarf er der Regeln, eines sanktionsfähigen Staates, wirkungsvoller Gesetze und fairer Preisbildung.
34
- 35 28. Angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, angesichts von Globalisierung und
36 ökologischer Krise, betrachten wir Nachhaltigkeit als das einzig verantwortbare Grundprinzip
37 politischen und wirtschaftlichen Handelns. Das Prinzip Nachhaltigkeit bedeutet: Von der Zukunft
38 her denken; dem Primat der Kurzfristigkeit widerstehen und ebenso der Dominanz des
39 Ökonomischen, der rein betriebswirtschaftlichen Logik; von der Idee der Gesellschaft her die Politik
40 konzipieren und demokratische Vielfalt, ökologische Dauerhaftigkeit, soziale Integration und
41 kulturelle Teilhabe als Leitideen sozialdemokratischer Politik verstehen.
42
- 43 29. Unser Verständnis von Fortschritt im 21. Jahrhundert verlangt die Verbindung von sozialer,
44 ökonomischer und ökologischer Verantwortung: Sie zielt auf qualitatives Wachstum und
45 Verbesserung der Lebensqualität, Erweiterung von Lebensmöglichkeiten und individueller Freiheit
46 durch Gestaltung der Technik, wissenschaftlichen Fortschritt und verantwortlichen Umgang mit den
47 begrenzten natürlichen Ressourcen und den unbegrenzten Möglichkeiten menschlicher Kreativität.
48
- 49 **30. Politik der Sozialen Demokratie**
- 50
- 51 31. Die soziale Demokratie setzt dem ökonomisch verkürzten Verständnis der Gesellschaft ein an den
52 humanen Werten der gleichen Würde und des gleichen Respekts orientiertes Bild des Menschen
53 entgegen. Menschen stehen nicht nur in Konkurrenz zueinander, sie brauchen einander. Der Sinn
54 ihres Lebens ergibt sich nicht aus dem Verfügen über marktgängige Wirtschaftsgüter. Menschen sind
55 mehr als Konsumenten und Produzenten, deswegen widersetzen wir uns der Ökonomisierung aller
56 Lebensbereiche.

- 1
2 32. Lebensqualität ist mehr als das Streben nach Wohlstand. Die Menschen verlangen intakte
3 Gemeinschaften, in denen es friedlich und solidarisch zugeht, in denen gleiche Chancen und Rechte
4 gelten, auch zwischen den Geschlechtern. Die Menschen suchen Anerkennung, das Gefühl gebraucht
5 zu werden, nicht nur im Beruf. Sie leben in und von den Beziehungen in der Familie, zu Partnern,
6 Kindern und Freunden. Dazu brauchen sie Zeit. Wirklich reich sind Menschen nur in einer
7 Gesellschaft, die ihnen mehr selbstbestimmte und freie Zeit gibt. Ein Leben ausschließlich nach der
8 Stoppuhr, im Rhythmus pausenloser Verfügbarkeit, steht dazu im Widerspruch.
9
- 10 33. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Dynamik und Innovation Fortschritt schaffen. Wir wollen dabei
11 aber die Grundlagen des menschlichen Zusammenhalts bewahren und stärken. Individualität und die
12 Chance zur Vielfalt der Lebensentwürfe sind hohe Werte, aber sie können auch Bindungsverluste
13 und neue Konflikte bewirken. Unübersichtlichkeit ist die Kehrseite von Vielfalt und
14 gesellschaftlichem Wandel, sie verstärken den Wunsch nach Halt und Orientierung. Wir wollen
15 deshalb dazu beitragen, dass Menschen sich angenommen, zugehörig und daher sicher fühlen.
16
- 17 34. Soziale Demokratie garantiert nicht nur die bürgerlichen, politischen und kulturellen, sondern
18 gleichermaßen die sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte aller Menschen. Sie sichert die
19 gleichberechtigte soziale Teilhabe Aller durch gesellschaftliche Demokratisierung, vor allem
20 Mitbestimmung, durch den auf Bürgerrechte gestützten vorsorgenden Sozialstaat und eine
21 koordinierte Marktwirtschaft, in der der Vorrang der Demokratie über die Märkte gewährleistet ist.
22
23

24 **3. Unsere Ziele, unsere Politik**

25 26 **3.1. Eine friedliche und gerechte Welt**

- 27
28 1. Die internationale Politik der deutschen Sozialdemokratie dient dem Ziel, Konflikte zu verhindern
29 und Frieden zu schaffen. Unsere Prinzipien dafür sind Verständigung, internationale Solidarität und
30 gemeinsame Sicherheit durch Kooperation. Wir setzen auf die Überzeugung, dass Macht dem Recht
31 untergeordnet werden muss.
32
- 33 2. Die Menschheit kann zum ersten Mal in ihrer Geschichte die existentiellen Probleme nur noch
34 gemeinsam lösen. Umfassende Sicherheit lässt sich nur gemeinsam erreichen. Dafür gilt es, eine
35 Weltinnenpolitik mit starken Vereinten Nationen auszubilden und eine gerechte
36 Weltwirtschaftsordnung zu schaffen. Bei der Verwirklichung beider Ziele soll Europa eine
37 Schlüsselrolle spielen. Die Europäische Union muss unsere politische Antwort auf die
38 Globalisierung werden.
39
- 40 3. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass alle Nationen, Völker und Menschen von
41 Frieden und Wohlstand profitieren. Die SPD steht dafür, dass Zusammenarbeit das Schlüsselwort
42 des neuen Jahrhunderts wird.
43
- 44 4. Die Sozialdemokratie ist sich der gewachsenen Verantwortung Deutschlands für den Frieden in der
45 Welt bewusst. Wir nehmen diese internationale Rolle aktiv an. Die SPD ist Friedenskraft in
46 Deutschland und Europa. Jegliche Form von Angriffs- und Präventivkriegen lehnen wir ab.
47
- 48 5. Die Unteilbarkeit und universelle Geltung der Menschenrechte ist für uns nicht verhandelbar. Das
49 Grundgesetz, die Europäische Grundrechtecharta, die Charta der Vereinten Nationen, die Allgemeine
50 Erklärung der Menschenrechte, das humanitäre Völkerrecht und die Millenniumsentwicklungsziele
51 bestimmen unsere internationale Politik.
52
- 53 6. Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts schafft internationale Sicherheit. Im
54 globalen Zeitalter kann kein Staat langfristig Erfolg haben, der seine Interessen einseitig
55 durchzusetzen versucht. Wir bekennen uns zum Multilateralismus, also der organisierten
56 Zusammenarbeit von Staaten.

- 1
2 7. Unserer internationalen Politik legen wir einen umfassenden Sicherheitsbegriff zugrunde: Sicherheit
3 für alle Menschen setzt Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit, Demokratie, soziale, wirtschaftliche,
4 kulturelle und nachhaltige Entwicklung voraus.
5
- 6 8. Wir begegnen anderen Völkern mit Freundschaft, Offenheit und Respekt. Zum kulturellen Erbe der
7 Menschheit haben viele Zivilisationen ihren Beitrag geleistet. Denjenigen, die einen Kampf der
8 Kulturen beschwören, erteilen wir eine klare Absage. Auswärtige Kulturpolitik ist Bestandteil einer
9 guten Außenpolitik, die Interesse und Verständnis für unser Land weckt und den Dialog mit anderen
10 Kulturen fördert.
11
- 12 9. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hat sich noch keine neue Sicherheitsarchitektur für das
13 globale Zeitalter herausgebildet. Neue Mächte drängen auf die Weltbühne. Unsere Außen-,
14 Sicherheits- und Entwicklungspolitik muss enge Beziehungen zu den aufstrebenden Mächten in
15 Asien, Lateinamerika und Afrika entwickeln und sie als Partner beim Aufbau einer gerechten
16 Weltordnung einbinden.
17
- 18 10. Deutschland hat eine besondere Verantwortung für das Existenzrecht Israels. Auch deswegen
19 engagieren wir uns für einen umfassenden Frieden im Nahen Osten auf der Grundlage internationaler
20 Verträge. Wir setzen uns für die Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes und die Schaffung
21 eines lebensfähigen palästinensischen Staates ein.
22
- 23 11. Die Sozialdemokratie will die transatlantische Partnerschaft erneuern. Deutschland, Europa und die
24 Vereinigten Staaten von Amerika teilen gemeinsame Werte. Auf dieser Grundlage arbeiten sie auch
25 in der NATO eng zusammen. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus braucht das
26 transatlantische Bündnis jedoch eine neue Zielbestimmung, die an den Erfordernissen des globalen
27 Zeitalters ausgerichtet ist. Eine friedliche Weltordnung ist nur mit den Vereinigten Staaten
28 erreichbar, deshalb sind die Beziehungen zu den USA für uns von besonderem Gewicht.
29
- 30 12. Die deutsch-französische Freundschaft und Zusammenarbeit war und bleibt nicht nur Motor der
31 europäischen Einigung, sie hat und behält ihren Eigenwert. In gleicher Weise wollen wir auch das
32 Verhältnis zu Polen weiterentwickeln.
33
- 34 13. Die strategische Partnerschaft mit Russland ist für Deutschland und die Europäische Union
35 unverzichtbar. Die Öffnung Russlands sichert Frieden und Stabilität auf unserem Kontinent.
36
- 37 14. **Stärkung globaler und regionaler Kooperation**
38
- 39 15. Um den Frieden in der Welt zu erreichen gilt es, gemeinsame Interessen, Bündnisse und
40 Organisationen zu stärken. Deshalb treten wir dafür ein, die Vereinten Nationen auszubauen als
41 oberste Instanz einer globalen Rechtsordnung. Wir wollen globales Recht schaffen und durchsetzen.
42 Dazu muss die internationale Gerichtsbarkeit gestärkt werden. Internationales Recht wird nur
43 Verbindlichkeit gewinnen und konfliktlösend wirken, wenn Sanktionen durchgesetzt werden können.
44
- 45 16. Um die Legitimation der Vereinten Nationen zu erhöhen, müssen ihre Institutionen reformiert und
46 demokratisiert werden. Wir wollen die Rechte der UNO-Vollversammlung und die Stellung des UN-
47 Generalsekretärs stärken. Bei der Reform des UN-Sicherheitsrats ist die angemessene Beteiligung
48 aller Kontinente sicherzustellen. Das Vetorecht einzelner Mitgliedsstaaten lehnen wir ab.
49 Deutschland sollte mehr konkrete Verantwortung in den Vereinten Nationen übernehmen, auch
50 durch einen Ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Langfristig muss dort die Europäische Union einen
51 Sitz bekommen.
52
- 53 17. Wir plädieren für einen Globalen Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und
54 Umweltpolitik. Er soll wirtschaftliche Interessen, soziale Bedürfnisse und ökologische
55 Notwendigkeiten aufeinander abstimmen, die Gefahren unkontrollierter Kapitalbewegungen,
56 soziales und ökologisches Dumping begrenzen helfen. Alle Regionen und die internationalen

- 1 Handels- und Finanzinstitutionen sollen in diesem Rat hochrangig vertreten sein.
2
- 3 18. Frieden und Sicherheit sind globale öffentliche Güter. Deshalb sind finanzielle und wirtschaftliche
4 Stabilität, Abwendung der Klimakatastrophe, Sicherung der Ökosysteme und Schutz vor Seuchen
5 globale politische Aufgaben. Damit die Vereinten Nationen ihrer Verantwortung dafür nachkommen
6 können, muss die internationale Staatengemeinschaft die notwendigen Mittel im eigenen Interesse
7 aufbringen.
8
- 9 19. Internationale Institutionen und Organisationen wie der Internationale Währungsfonds, die Weltbank
10 und die Welthandelsorganisation müssen sich am Maßstab wirtschaftlicher, sozialer und
11 ökologischer Nachhaltigkeit, an den Menschenrechten sowie an Arbeitnehmerrechten messen lassen.
12 Ihre Entscheidungen müssen transparent sein. Die Verteilung der Stimmrechte muss die Interessen
13 der Entwicklungsländer, besonders der ärmsten, stärker widerspiegeln.
14
- 15 20. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) wollen wir stärken. Bei Entscheidungen des
16 Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, der Welthandelsorganisation und der Vereinten
17 Nationen müssen die Kernarbeitsnormen der ILO stärker verankert und beachtet werden. Um die
18 Rechte von Arbeitnehmern zu stärken, sind freie Gewerkschaften weltweit unverzichtbar.
19
- 20 21. Der Europarat und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sind als regionale
21 internationale Organisationen Vorbilder für die Überwindung von Gegensätzen zwischen den
22 Völkern. Deutschland wird den Aufbau ähnlicher Organisationen auch in anderen Weltregionen
23 unterstützen.
24
- 25 22. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben für die Völkerverständigung eine hohe Bedeutung. Wir
26 verstehen uns als Partner des Internationalen Gewerkschaftsbunds, der Nichtregierungs-
27 organisationen und Kirchen, die immer wieder den Blick auf internationale Konflikte lenken und
28 Lösungsansätze entwickeln.
29
- 30 23. Wir unterstützen eine stärkere Rolle der Sozialistischen Internationale (SI), als transnationales und
31 politikfähiges Bündnis sozialdemokratischer Parteien in der Welt. Sie muss bei der
32 Demokratisierung der internationalen Politik eine gewichtige Rolle spielen, insbesondere zur
33 Herausbildung einer globalen Öffentlichkeit.
34
- 35 24. **Umfassende Sicherheitspolitik**
36
- 37 25. Frieden bedeutet uns mehr als die Abwesenheit von Krieg. Krisenprävention ist die effizienteste
38 Sicherheitspolitik. Wir sind überzeugt, dass dauerhafter Friede nur möglich ist, wenn strukturelle
39 Konfliktursachen wie Hunger, Armut und Ressourcenmangel überwunden werden.
40
- 41 26. Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und eine partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit
42 sind für uns nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, sondern Bausteine einer umfassenden
43 Sicherheitspolitik. Die Mittel für die Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung wollen wir
44 deshalb bis 2015 schrittweise auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erhöhen. Die Bekämpfung
45 von Korruption, die Förderung guter Regierungsarbeit und die systematische Entschuldung von
46 Entwicklungsländern, der Kampf gegen Aids, Seuchen und Epidemien bleiben wichtige Ziele bei der
47 Überwindung von Armut.
48
- 49 27. Frauen tragen in vielen Gesellschaften die Hauptverantwortung sozialer und wirtschaftlicher
50 Entwicklung. Ohne gleichberechtigte Teilhabe von Frauen auf der ganzen Welt ist Demokratie,
51 globale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung nicht möglich.
52
- 53 28. Wir brauchen mehr Gerechtigkeit im Welthandel. Die Entwicklungsländer wollen keine Almosen –
54 sie wollen gerechte Chancen auf den Märkten. Dazu müssen die Industrieländer im Rahmen der
55 Welthandelsorganisation ihre Märkte öffnen und die Subventionierung ihrer Agrarexporte Schritt für
56 Schritt reduzieren und schließlich beenden.

- 1
2 **29. Abrüstung und Nichtverbreitung**
3
- 4 30. Die zunehmende Verbreitung von Massenvernichtungswaffen verlangt eine neue Politik der
5 effektiven Rüstungskontrolle, der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Wir bekräftigen unser Ziel
6 einer atomwaffenfreien Welt und werben dafür, die Urananreicherung unter internationale Kontrolle
7 zu stellen. Wir setzen uns dafür ein, eine internationale rechtsverbindliche Ächtung des Einsatzes
8 von Atomwaffen durchzusetzen. Verstärkte Anstrengungen widmen wir auch der Begrenzung und
9 Kontrolle konventioneller Rüstungsgüter. Gerade bei der Abrüstung setzen wir darauf, bestehende
10 multilaterale Verträge zu stärken und auszubauen. Produktion und Export von Landminen müssen
11 verboten werden.
12
- 13 31. Wir werden auch künftig sicherstellen, dass Deutschland Herstellung, Besitz und Anwendung von
14 Massenvernichtungswaffen nicht anstrebt. Wir sind einer strengen Rüstungsexportpolitik
15 verpflichtet. Rüstungsgüter sind keine normale Handelsware. Die Einhaltung der Menschenrechte,
16 gute Regierungsführung und das Verbot, Waffen in Konfliktregionen zu liefern, sind für uns
17 maßgeblich bei Ausfuhrgenehmigungen. Rüstungsexporte in Entwicklungsländer sind abzulehnen,
18 wenn sie die nachhaltige Entwicklung eines Landes gefährden.
19
- 20 **32. Verantwortung für Sicherheit und Frieden**
21
- 22 33. Knapper werdende Ressourcen und Klimakatastrophen bergen ein enormes Konfliktpotenzial.
23 Klimaschutz und Zugang zu Energie, Rohstoffen und Wasser sind im globalen Zeitalter eine
24 herausragende Frage der internationalen Sicherheit. Erneuerbare Energien und die Steigerung der
25 Energieeffizienz sind Schlüssel zu einer friedlichen Entwicklung.
26
- 27 34. Der Zerfall von Staaten führt zur Ausbreitung von Anarchie und Rechtlosigkeit. Deutschland muss
28 bereit sein, bei der Wiederherstellung von Staatlichkeit und zivilgesellschaftlichen Strukturen
29 Verantwortung zu übernehmen.
30
- 31 35. Die gefährlichste Ausprägung entstaatlichter Gewalt ist der Terrorismus. Beim Kampf gegen den
32 Terror geht es nicht um Krieg, sondern um Verbrechensbekämpfung. Dies ist die Aufgabe von
33 Polizei, Justiz und Geheimdiensten. Nur wo sie beim internationalen Kampf gegen Terror
34 überfordert sind, ist als letzte Option das Militär am Zug. Auch angesichts des Terrorismus lehnen
35 wir jegliche Aufweichung des Völkerrechts ab.
36
- 37 36. Konflikte können zwar militärisch entschieden, aber niemals nur militärisch gelöst werden. Deshalb
38 verfolgen wir eine Friedenspolitik, die vorrangig auf Vorbeugung von Konflikten basiert.
39
- 40 37. Ein Einsatz der Bundeswehr muss stets in ein Konzept von politischen, diplomatischen,
41 wirtschaftlichen, entwicklungspolitischen und kulturellen Maßnahmen eingebettet sein. Deshalb
42 wollen wir die Mittel für zivile Krisenprävention und Krisenreaktion erhöhen und die Instrumente
43 dieser Politik, ausbauen. Der Einsatz militärischer Mittel bleibt für uns ultima ratio. Auch zur
44 Stabilisierung des Friedens wollen wir Soldatinnen und Soldaten nur einsetzen, wenn andere Mittel
45 nicht ausreichen.
46
- 47 38. Deutschland kann sich an diesen Missionen beteiligen, wenn sie durch ein völkerrechtlich bindendes
48 Mandat der Vereinten Nationen legitimiert sind, der Einsatz dem deutschen Interesse nicht
49 widerspricht und der Deutsche Bundestag zustimmt.
50
- 51 39. Mit der Überwindung der Spaltung Europas und der deutschen Wiedervereinigung hat die
52 Bundeswehr mehr Verantwortung im Rahmen unserer kooperativen Friedens- und Sicherheitspolitik
53 übernommen. Die Soldatinnen und Soldaten genießen durch ihr Auftreten zu Recht weltweit hohes
54 Vertrauen und Ansehen. Die gesellschaftliche Verankerung und die Akzeptanz der Bundeswehr
55 müssen erhalten bleiben. Die Fortentwicklung der Wehrpflicht ist hierfür ein Garant. Deshalb setzen
56 wir uns für eine Stärkung der Freiwilligkeit beim Wehrdienst ein.

3.2 Das soziale und demokratische Europa

1. Schon 1925 setzte sich die Sozialdemokratie mit der Forderung nach den Vereinigten Staaten von Europa für die europäische Einheit ein. Was damals unerreichbar schien, ist heute Wirklichkeit: Die europäische Einigung nach zwei Weltkriegen hat die friedlichste Periode in der Geschichte unseres Kontinents ermöglicht. Krieg, Vertreibung und Hunger sind überwunden. Die Europäische Union ist vor allem ein Friedensprojekt, wir wollen sie zur handlungsfähigen Friedensmacht ausbauen. Europa ist aber auch eine demokratische und soziale Wertegemeinschaft. Die Sozialdemokratie steht für ein tolerantes Europa, das seine unterschiedlichen Nationen, Kulturen, Traditionen und Religionen als Reichtum versteht und pflegt.
2. Die Europäische Union muss unsere Antwort auf die Globalisierung werden.
3. Wo der Nationalstaat den Märkten keinen sozialen und ökologischen Rahmen mehr setzen kann, muss dies die Europäische Union tun.
4. **Das demokratische Europa**
5. Die Europäische Union hat heute Züge eigener Staatlichkeit gewonnen. Immer mehr Lebensbereiche werden von europäischen Entscheidungen berührt. Deshalb wollen wir das Europa der Bürger schaffen und mehr europäische Demokratie wagen.
6. Unser Leitbild ist eine politische Union, die allen europäischen Bürgern demokratische Mitwirkungsrechte gibt. Das demokratische Europa braucht eine parlamentarisch verantwortliche Regierung auf der Basis einer Europäischen Verfassung.
7. Wir wollen ein föderales Europa, in dem neben dem Europäischen Parlament die Nationalstaaten an der europäischen Gesetzgebung beteiligt werden.
8. Was nur die Menschen vor Ort, in der Region, in einem Land betrifft, gehört in dezentrale politische Zuständigkeit, damit bürgernah entschieden werden kann. Dieses Prinzip darf durch europäische Regeln nicht ausgehebelt werden.
9. Die Kompetenzen des Europäischen Parlaments müssen gestärkt werden. Nur so kann es gleichberechtigt mit den im Ministerrat zusammengeschlossenen nationalen Regierungen an der europäischen Rechtssetzung mitwirken.
10. Das Europäische Parlament braucht umfassende parlamentarische Kontrollrechte gegenüber der Europäischen Kommission sowie das Recht zu eigenen Gesetzesinitiativen. Der Präsident der Europäischen Kommission soll vom Europäischen Parlament gewählt werden.
11. Europäische Demokratie braucht europäische Öffentlichkeit. Europäische Medien, zivilgesellschaftliche Organisationen, Sozialpartner, aber auch starke europäische Parteien sind dafür unabdingbar. Unser Ziel ist es, die Sozialdemokratische Partei Europas zu einer handlungsfähigen Mitglieder- und Programmpartei weiterzuentwickeln. Wir setzen uns für die Erarbeitung eines sozialdemokratischen Grundsatzprogramms für Europa ein und wollen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament mit einem gesamteuropäischen Spitzenkandidaten antreten.
12. Die Weiterentwicklung der Europäischen Union zu einer echten Demokratie darf nicht am Unwillen einzelner Staaten oder ihrer Regierungen scheitern. Sie kann deshalb die Form einer verstärkten Zusammenarbeit einiger Mitgliedstaaten annehmen. Diese Zusammenarbeit muss für alle Mitgliedstaaten offen bleiben.

1 **13. Das soziale Europa**

2
3 14. Europa hat den größten Binnenmarkt der Welt geschaffen und erfolgreich eine einheitliche Währung
4 eingeführt. Dies war im Interesse der Bürger Europas. Aber weder in Deutschland noch in Europa
5 werden wir hinnehmen, dass aus der Marktwirtschaft eine Marktgesellschaft hervorgeht. Nach der
6 Vergemeinschaftung der Geld- und Währungspolitik, plädieren wir für eine wachstums- und
7 beschäftigungsorientierte Koordination der Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik.

8
9 15. Neben die Wirtschafts- und Währungsunion muss die europäische Sozialunion mit gleichem Rang
10 treten. Es gibt unterschiedliche nationale Ausprägungen und Traditionen des europäischen
11 Sozialmodells. Gemeinsame Grundlagen für alle Sozialstaaten in Europa sind aber ein
12 leistungsfähiger Staat, Sozialsysteme zur Absicherung elementarer Lebensrisiken, ein hohes
13 Bildungsniveau, öffentliche Daseinsvorsorge, geregelte Arbeitsbedingungen sowie Beteiligungs- und
14 Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

15
16 16. Die Europäische Sozialunion respektiert nationalstaatliche Traditionen, schafft aber gleichzeitig
17 verbindliche europäische Regeln und Standards, die nicht unterschritten werden dürfen. Wir wollen
18 Sozialsysteme nicht vereinheitlichen, uns aber mit den anderen Mitgliedstaaten auf einen sozialen
19 Stabilitätspakt verständigen. Für die Vereinbarung eines sozialen Stabilitätspakts zwischen den
20 Mitgliedstaaten schlagen wir Ziele und Standards für die nationalen Sozial- und Bildungsausgaben
21 vor, die sich an der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit orientieren.

22
23 17. Wo wirtschaftliche Aktivität grenzüberschreitend ist, dürfen Arbeitnehmerrechte nicht an den
24 Grenzen halt machen. Daher wollen wir in den europäischen Unternehmen die Mitbestimmung der
25 Arbeitnehmer absichern und ausbauen.

26
27 18. Damit der Wettlauf um die niedrigsten Unternehmenssteuern die Nationalstaaten nicht ruiniert,
28 wollen wir europaweit Mindestsätze und eine einheitliche Bemessungsgrundlage.

29
30 19. Der freie Zugang zu hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen gehört zum europäischen
31 Gesellschaftsmodell. Jeder Mitgliedsstaat sorgt dafür auf seine Weise, aber das Prinzip soll für die
32 Europäische Union verbindlich festgelegt werden.

33
34 20. Die Länder der Europäischen Union müssen um ihrer Zukunft willen mehr in Bildung, Forschung
35 und Innovation investieren. Diese Schwerpunktsetzung muss sich auch im europäischen Haushalt
36 widerspiegeln. Wir plädieren für weniger Zuweisungen aus den nationalen Haushalten und für den
37 schrittweisen Aufbau einer eigenen Einnahmequelle. Dies setzt allerdings eine transparente,
38 effektive und demokratisch kontrollierte Haushaltspolitik der Europäischen Union voraus.

39
40 **21. Friedensmacht Europa**

41
42 22. Unser Bestreben ist die Fortentwicklung der Europäischen Union zu einer handlungsfähigen
43 Friedensmacht. Eigenständige europäische Friedenspolitik muss sich auf ihre Stärken konzentrieren:
44 Diplomatie, Dialog und Unterstützung von Demokratie und Menschenrechten, auch durch Hilfen zur
45 wirtschaftliche Entwicklung in Konfliktregionen.

46
47 23. Europa hat übereinstimmende Sicherheitsinteressen. Wir streben eine gemeinsame Außen-,
48 Sicherheits- und Verteidigungspolitik an. Dazu müssen auch die Armeen der Mitgliedstaaten enger
49 zusammenwachsen. Langfristig wollen wir eine europäische Armee, deren Einsatz parlamentarisch
50 legitimiert werden muss.

51
52 24. Die Erweiterung der Union hat Frieden, Stabilität und Wohlstand geschaffen. Wir setzen uns dafür
53 ein, die Zusagen gegenüber Ländern einzuhalten, die eine Beitrittsperspektive bekommen haben und
54 die Kriterien erfüllen. Das gilt auch für die Türkei. Eine Türkei, die sich europäischen Werten
55 verpflichtet fühlt, kann eine wichtige Brücke zu anderen islamischen Ländern werden. Dies liegt
56 nicht zuletzt im Interesse Deutschlands und Europas.

1
2 25. Gegenüber Staaten der Region, die auch mittelfristig nicht der Union beitreten können, entwickeln
3 wir die europäische Nachbarschaftspolitik fort.
4
5

6 **3.3 Solidarische Bürgergesellschaft und demokratischer Staat**

- 7
8 1. Die Demokratie lebt durch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Darum wollen wir eine
9 starke, lebendige Bürgergesellschaft, in der die Menschen die Freiheiten der Meinung, der
10 Vereinigung und Versammlung nutzen.
11
12 2. Eine lebendige Bürgergesellschaft kann und soll staatliches Handeln kontrollieren, korrigieren,
13 anspornen, entlasten und ergänzen. Ersetzen kann sie es nicht. Nur wo der Staat seinen Pflichten
14 nachkommt, kann sich eine vitale Zivilgesellschaft bilden. Ohne eine wache Zivilgesellschaft ist der
15 demokratische Staat immer gefährdet. Beide brauchen einander.
16
17 3. Eine starke Bürgergesellschaft bietet uns Heimat in Zeiten stürmischen Wandels. Wo Menschen sich
18 für Menschen einsetzen, sind Verantwortungsbereitschaft, Gerechtigkeitssinn, gegenseitige
19 Anerkennung, Solidarität und Mäßigung beim Gebrauch individueller Freiheit erfahrbar. Demokratie
20 ist auf solche gelernte und gelebte demokratische Tugenden angewiesen.
21
22 4. In der Bürgergesellschaft übernehmen Menschen aus eigenem Antrieb Verantwortung für andere,
23 wirken im Sinne des Gemeinwohls. Oft bemerken sie früher als Behörden, wo Abhilfe nötig ist. Sie
24 arbeiten ehrenamtlich in Vereinen, Stiftungen und Initiativen. Wir wollen, dass Ehrenämter mehr
25 Anerkennung und eine bessere Absicherung erhalten. Eine Kultur des gemeinnützigen Stiftens kann
26 und soll die Gesellschaft bunter und gerechter machen.
27
28 5. Träger der Zivilgesellschaft sind auch Gewerkschaften, Kirchen, Religionsgemeinschaften, Sozial-
29 und Umweltverbände. Sie sind unsere Partner auf dem Weg zu einer humanen, zukunftsfähigen
30 Gesellschaft.
31
32 6. Sport dient nicht nur der Gesundheit. Er lehrt Fairness und Toleranz, aktiviert und verbindet
33 Menschen. Er ist Teil unserer Kultur. Dies gilt für den Leistungssport wie für den Breitensport, auch
34 für den Behindertensport. Deshalb ermutigen und fördern wir den Sport und seine Vereine. Doping
35 ist energisch zu bekämpfen.
36
37 7. Autoritäre und totalitäre Herrschaft hat im 20. Jahrhundert den Staat diskreditiert. Dies nutzen
38 Marktradikale, die den Staat auf den Schutz des Eigentums und die Organisation der Märkte
39 beschränken wollen. Wo immer es geht, versuchen sie, staatliche Aufgaben den Märkten zu
40 übergeben. Was immer aber dem Markt überlassen wird, muss zur Ware werden, die einige sich
41 leisten können, andere aber nicht. Der demokratische Rechts- und Sozialstaat, unterstützt und
42 begrenzt durch die Zivilgesellschaft, ist verantwortlich für das, was nicht zur Ware werden darf.
43
44 8. Bildung ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht, dem zu dienen der Staat verpflichtet ist.
45
46 9. Sicherheit vor Verbrechen darf niemals zur Ware werden. Sie ist eine Bringschuld des Staates, die
47 Kehrseite seines Gewaltmonopols.
48
49 10. Kultur ist mehr als Ware, sie ist Ausdruck einer humanen Gesellschaft. Der Staat hat nicht zu
50 dekretieren, was Kultur ist, wohl aber Kultur möglich zu machen, auch solche, die sich am Markt
51 nicht behaupten könnten. Der Staat ist nicht zuständig für Wahrheit, weder philosophische, noch
52 religiöse, noch historische, wohl aber für die Bedingungen der Wahrheitsfindung.
53
54 11. Soziale Sicherheit ist keine Ware, sondern die Aufgabe eines Staates, der auf die Würde des
55 Menschen verpflichtet ist.
56

- 1 12. Der Staat ist dazu da, Recht und damit verbindliche Regeln zu setzen und durchzusetzen.
2 Deregulierung ist immer wieder nötig, wo veraltete Regeln zu Fesseln werden. Deregulierung als
3 Prinzip widerspricht dem Zweck eines jeden Staates.
4
- 5 13. Der demokratische Rechtsstaat kann und muss jegliche Gewalt, auch die eigene, dem Recht
6 unterwerfen. Dies legitimiert sein Gewaltmonopol. Dieses Gewaltmonopol werden wir verteidigen,
7 weil es keine ungerechtere Gesellschaft gibt als eine, in der einige Sicherheit kaufen können, die
8 meisten nicht.
9
- 10 14. Privatisierung kann immer wieder zweckmäßig und verantwortbar sein. Wir widersprechen
11 Privatisierungen aber, wo sie den Kern des Staates, sein Gewaltmonopol, berühren. Dies gilt auch für
12 alle Formen des Strafvollzugs. Wo kommunale Aufgaben privatisiert werden sollen, fragen wir nicht
13 nur nach dem kurzfristigen Nutzen für die Kommunalfinanzen, sondern auch nach der Auswirkung
14 auf die demokratische Selbstverwaltung. Wir wollen nicht, dass die kommunale Demokratie Zug um
15 Zug ihren Gegenstand verliert. Die SPD steht für eine leistungsfähige und bürgerorientierte
16 Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung ein.
17
- 18 15. Nicht alle staatlichen Aufgaben müssen durch staatliche Behörden erledigt werden. Eine lückenlose
19 Verrechtlichung aller Lebenssituationen führt nicht zu mehr Gerechtigkeit. Wir setzen uns aber dafür
20 ein, dass öffentliche Interessen auch in Zukunft öffentlich, also durch Politik bestimmt werden.
21
- 22 16. Der Verbindung von aktivierendem Staat und aktiver Zivilgesellschaft dient auch die direkte
23 Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger durch Volksbegehren und Volksentscheide. In gesetzlich
24 festzulegenden Grenzen sollen sie die parlamentarische Demokratie ergänzen, und zwar nicht nur in
25 Gemeinden und Ländern, sondern auch im Bund. Wo die Verfassung der parlamentarischen
26 Mehrheit Grenzen setzt, gelten diese auch für Bürgerentscheide.
27
- 28 17. Den meisten Bürgern begegnet der Staat in Form seiner Verwaltung. Daher brauchen wir eine
29 bürgernahe Verwaltung, die den Bürgerinnen und Bürgern dient. Nutzlose Bürokratie bauen wir ab.
30 Wir wollen keinen vormundschaftlichen Staat.
31
- 32 18. Die demokratischen Parteien sind die unentbehrlichen Transmissionsriemen von der
33 Bürgergesellschaft zum Staat. Sie sollen, was die Bürger bewegt, zum Gegenstand von politischem
34 Handeln machen. Sie sind eine Schule politischer Diskussion und verantwortlich dafür, dass die
35 Wählerinnen und Wähler für Frauen und Männer stimmen können, die der Arbeit in Gemeinderäten
36 und Parlamenten gewachsen sind. Demokratie braucht starke, lebendige, entscheidungsfähige
37 Parteien und ebenso starke Parlamente. Die Parlamente sind das Herz demokratischer
38 Willensbildung.
39
- 40 **19. Starke Kommunen**
41
- 42 20. Die solidarische Bürgergesellschaft hat ihren Ort vor allem in den Kommunen. Sie sind es, die für
43 die Daseinsvorsorge verantwortlich sind und den Alltag der Menschen prägen. In den Kommunen
44 entscheidet sich, ob alle Kinder frühkindliche Förderung bekommen, ob Menschen unterschiedlicher
45 Kulturen miteinander oder nebeneinander her leben, ob Jugendliche ihre Freizeit sinnvoll gestalten,
46 ob ältere Menschen integriert bleiben, ob sich die Menschen im öffentlichen Raum sicher fühlen. Es
47 ist die überschaubare kommunale und regionale Lebenswelt mit ihrer einzigartigen Geschichte und
48 Kultur, die Heimat, Gemeinschaft und Sicherheit im Wandel bietet.
49
- 50 21. Darum stärken wir die kommunale Selbstverwaltung, verbessern ihre Qualität und vergrößern ihre
51 Organisationsfreiheiten. Wir erweitern den finanziellen Handlungsspielraum der Kommunen, und
52 wir übertragen ihnen keine Aufgaben ohne die dafür erforderlichen Mittel.
53
54
55
56

1 **22. Soziale Stadtpolitik**

2
3 23. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt schon heute in städtischen Ballungsräumen. Die Zukunft
4 der Städte entscheidet über die Zukunft der Gesellschaft. Das Zusammenleben von Menschen
5 unterschiedlicher Herkunft, sozialer Lage und Lebensorientierung zu gestalten, ist die Aufgabe einer
6 sozialen Stadtpolitik. Leitbild unserer Politik ist die solidarische Stadt, die alle Bewohnerinnen und
7 Bewohner zur Teilhabe an gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Leben einlädt.

8
9 24. Die Bewahrung und Stärkung bewohnter Innenstädte gelingt nur, wenn es dort auch genügend
10 bezahlbaren Wohnraum gibt. Wohnraum darf nicht zum Spekulationsobjekt werden. Sowohl ältere
11 Menschen als auch Familien mit Kindern in der Innenstadt zu halten, ist Voraussetzung für eine
12 lebendige Stadt.

13
14 25. Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, den sozialen Zusammenhalt in den Städten und Quartieren
15 zu verbessern. Wir wollen barrierefreie und generationsübergreifende Wohnformen fördern. Damit
16 auch die älter werdende Stadt lebensfähig ist, wollen wir die Potentiale des aktiven Alters heben und
17 bürgerschaftliches Engagement gerade der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger fördern.
18 Abwertungs- und Ausgrenzungsprozesse in benachteiligten Stadtquartieren müssen verhindert
19 werden. Für mehr Arbeitsplätze, die Verstärkung von Integration und Teilhabe und die Verbesserung
20 des Zugangs zu Bildung und Qualifikation sind übergreifende Konzepte und gemeinsames Handeln
21 gefragt. Die "soziale Stadt" ist eine Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche.

22
23 **26. Der soziale Bundesstaat**

24
25 27. Die Bundesrepublik Deutschland ist und bleibt ein sozialer Bundesstaat. Im föderalen Staat gilt
26 Subsidiarität: Nur was die kleinere Einheit nicht leisten kann, übernimmt die größere. Wir bekennen
27 uns zu diesem föderalen Staat, nicht weil er keine Nachteile hätte, sondern weil er der deutschen
28 Tradition entspricht, Machtballung verhindert, Machtmissbrauch erschwert und demokratische
29 Willensbildung auf allen Ebenen ermöglicht.

30
31 28. Wir wollen handlungsfähige Länder in einem handlungsfähigen Bund. Dabei muss immer erkennbar
32 sein, wer wofür verantwortlich ist. Die Abgrenzung der Kompetenzen muss sich daran orientieren,
33 wie Aufgaben am besten gelöst werden, und nicht an der Wahrung von Zuständigkeiten.

34
35 29. Die Unterschiede in der Wirtschafts- und Finanzkraft von Regionen und Ländern haben
36 zugenommen. Unser Leitbild ist die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Darum setzen wir auf
37 die solidarische Beistandspflicht zwischen allen Teilen Deutschlands, West und Ost, Süd und Nord.
38 Ostdeutschland hat ein Recht auf gesamtdeutsche Solidarität.

39
40 30. Nicht jede Übertragung von Entscheidungsgewalt auf die Europäische Union muss den föderalen
41 Nationalstaat schwächen. Dies gilt auch für die Steuerpolitik. Mindestsätze für
42 Unternehmenssteuern, von der EU beschlossen, würden ihn sogar stärken.

43
44 **31. Sicherheit in Freiheit**

45
46 32. Menschen haben ein Bedürfnis nach Sicherheit. Sie können auch ihre Freiheit nur wirklich nutzen,
47 wenn sie sich sicher fühlen. Der Rechtsstaat hat für Sicherheit zu sorgen. In Deutschland wird sie
48 bedroht durch Kriminalität, auch organisierte und international vernetzte, durch Extremisten und
49 Terroristen. Wir bekämpfen sie mit den Mitteln des Rechtsstaats. Unmittelbar verantwortlich dafür
50 sind Polizei und Justiz. Wer sich gegen die Feinde des Rechtsstaats behaupten will, darf die
51 Prinzipien des Rechtsstaats niemals aufgeben. Nicht die Verteidigung der Bürger- und
52 Freiheitsrechte, sondern deren Einschränkung bedarf einer Rechtfertigung. Das Verbot der Willkür
53 und der Folter gilt absolut.

54
55 33. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus haben Deutschland in seine schlimmste
56 Katastrophe geführt. Wir sorgen dafür, dass sie es nicht noch einmal tun können.

- 1
2 34. Jede Form von Gewalt, wie auch immer motiviert sie sein mag, ist ein Angriff auf die solidarische
3 Bürgergesellschaft, egal ob es sich um Gewalt unter Männern oder häusliche Gewalt gegen Frauen
4 und Kinder handelt. Zwangsverheiratung, Zwangsprostitution oder so genannte Ehrenmorde an
5 Frauen müssen verhindert oder geahndet werden.
6
- 7 35. Für religiös begründeten Extremismus ist in unserem Land kein Platz. Menschenrechte lassen sich
8 auch durch Berufung auf religiöse Regeln oder Traditionen nicht außer Kraft setzen, hier liegt die
9 Grenze unserer Toleranz gegenüber anderen Kulturen.
10
- 11 **36. Integration und Einwanderung**
12
- 13 37. Deutschland ist Einwanderungsland. Einwanderung hat unser Land wirtschaftlich und kulturell
14 bereichert. Sie wird weitergehen, und wir wollen unsere Gesellschaft darauf vorbereiten. Wir
15 brauchen mehr qualifizierte Einwanderer.
16
- 17 38. Einwanderung verlangt Integration. Dazu müssen beide Seiten bereit sein. Zuwanderer müssen sich
18 integrieren, wir müssen sie integrieren, ihnen also auch die Chance geben, am Leben unserer
19 Gesellschaft teilzunehmen. Daher verlangt Integration faire Chancen, aber auch klare Regeln.
20
- 21 39. Unser Grundgesetz bietet Raum für kulturelle Vielfalt. Daher braucht niemand seine Herkunft zu
22 verleugnen. Es setzt aber auch Grenzen, die niemand überschreiten darf, auch nicht unter Hinweis
23 auf Tradition oder Religion. Daher darf niemand Frauen und Mädchen daran hindern, sich frei zu
24 entfalten und zu bilden.
25
- 26 40. Wer in Deutschland gleiche Chancen haben und nutzen will, muss die deutsche Sprache lernen und
27 schließlich beherrschen. Wir wollen Bildungsangebote verbessern. Wir hoffen und erwarten, dass sie
28 genutzt werden. Integration, auch die sprachliche, gelingt am besten, wenn sie im Kindesalter
29 beginnt.
30
- 31 41. Wir streben die Einbürgerung der zu uns kommenden Menschen an. Sie ist nicht das Ende der
32 Integration, aber sie ermöglicht die volle politische Teilhabe. Dabei schließen wir Mehrstaatlichkeit
33 nicht aus. Denen, die noch nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben, aber schon längere Zeit hier
34 leben, wollen wir das kommunale Wahlrecht geben, auch wenn sie nicht aus EU-Staaten kommen.
35
- 36 42. Wir stehen zum Grundrecht auf Asyl für politische Verfolgte. Wer vor Verfolgung oder
37 Diskriminierung, seien sie staatlich oder nichtstaatlich oder auch geschlechtsspezifisch, fliehen muss,
38 soll in Deutschland Schutz und Zuflucht, schließlich auch einen gesicherten Aufenthalt bekommen.
39 Wir sind für eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik, die auch die Ursachen von Flucht und
40 Vertreibung bekämpft.
41
- 42 **43. Menschen mit Behinderungen**
43
- 44 44. Eine solidarische Bürgergesellschaft zeichnet sich auch dadurch aus, dass sie Menschen mit
45 Behinderungen Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht. Auf dem Weg dahin
46 ist noch viel zu tun, um Barrierefreiheit zu erreichen, also Menschen mit Behinderungen Zugang zu
47 bestmöglicher Bildung, Existenz sichernder Erwerbsarbeit und ungehinderter Teilhabe am
48 politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Wir wollen den Belangen von
49 Menschen mit Behinderungen gerecht werden und ihnen eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe
50 ermöglichen.
51
- 52 **45. Öffentlichkeit und Medien**
53
- 54 46. Demokratie braucht Öffentlichkeit. Freie Medien ermöglichen Aufklärung, Meinungsbildung,
55 politische Beteiligung und Machtkontrolle. Neben Zeitung, Buch, Rundfunk und Fernsehen treten
56 immer mehr neue Medien, wie Internet und Mobilfunk. Mediensparten wachsen zusammen und

1 prägen immer stärker unseren Alltag. Der Umgang damit will gelernt sein. Wir wollen
2 Medienkompetenz zu einem Bildungsschwerpunkt machen.

3
4 47. Wir verteidigen die Unabhängigkeit der Medien von staatlichen Eingriffen und wirtschaftlichen
5 Machtinteressen. Auf die effektive Selbstkontrolle der Medien und journalistisch-ethische Standards
6 wollen wir nicht verzichten. Zur demokratischen Öffentlichkeit gehört für uns unabdingbar der
7 öffentlich-rechtliche Rundfunk; er ist ein wichtiges Korrektiv gegenüber der zunehmenden
8 Kommerzialisierung der Medienangebote. Manipulation, politische Einseitigkeit, Jugendgefährdung
9 bekämpfen wir genauso wie sexistische, rassistische und fremdenfeindliche Inhalte. Das Bürgerrecht
10 auf die eigenen Daten wollen wir wahren, auch wenn das Tempo der Innovation in der
11 Informationstechnik dies schwierig macht.

12 13 48. **Die Kultur der demokratischen Gesellschaft**

14
15 49. Die Sozialdemokratie war von Anfang an auch eine Kulturbewegung. Wir hatten immer einen
16 weiten Kulturbegriff. Er reicht über die Künste hinaus und bezieht Bildung, geschichtliches Erbe und
17 die Formen des Zusammenlebens ein. So brauchen wir eine politische Kultur, die unsere Demokratie
18 stützt. Kultur ist in besonderer Weise der Raum, in dem sich die Gesellschaft ihrer Werte- und
19 Zielvorstellungen vergewissert. Sie stärkt die Menschen, schafft Zugehörigkeit, das Bewusstsein von
20 Verwurzelung und gesellschaftlichem Zusammenhalt.

21
22 50. Wir sind für den Dialog zwischen den Kulturen. Er dient dem inneren und äußeren Frieden, aber
23 auch der Integration. Wenn friedliche Globalisierung gelingen soll, brauchen wir eine Kultur der
24 Anerkennung, die der Ausgrenzung von Minderheiten und ebenso der Bildung von
25 Parallelgesellschaften entgegenwirkt. Wir wollen kulturelle Vielfalt statt fundamentalistischer
26 Verengungen und der Politisierung von religiösen und kulturellen Unterschieden, aber auch statt
27 globaler Monokultur. Erst eine lebendige Kultur der Anerkennung ermöglicht eine Gesellschaft, in
28 der wir als Menschen ohne Angst verschieden sein können.

29
30 51. Friedliche Vielfalt wird nur möglich sein, wenn wir uns unserer geistigen Wurzeln in jüdisch-
31 christlicher Tradition – die auch von griechischer Philosophie, römischem Recht, arabischer Kultur
32 beeinflusst worden ist - und in Humanismus und Aufklärung versichern. Nur eine ebenso
33 wertefundierte wie tolerante Kultur kann sich gegen den Versuch behaupten, Kultur und Religion als
34 Mittel der Ausgrenzung zu missbrauchen.

35
36 52. Kultur ist ein öffentliches Gut. Sie zu fördern, ist Aufgabe der Bürgergesellschaft und des Staates.
37 Privates, bürgerschaftliches Engagement begrüßen und fördern wir. Doch der Staat hat eine nicht
38 delegierbare Verantwortung. Wir bekennen uns zu Deutschland als einem Kulturstaat. Er sichert die
39 Vielfalt der Kulturlandschaft, die kulturelle Bildung, die Pflege unseres Erbes und unserer
40 Erinnerungskultur. Er fördert die Künste und übernimmt Verantwortung für die soziale Absicherung
41 freier künstlerischer Existenzen. Er wirbt für unsere Kultur im Ausland. Kulturförderung ist nicht
42 Subvention, sondern Investition in die Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens.

43 44 53. **Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften**

45
46 54. Wir bekennen uns zum jüdisch-christlichen und humanistischen Erbe Europas und zur Toleranz in
47 Fragen des Glaubens. Wir verteidigen die Freiheit des Denkens, des Gewissens, des Glaubens und
48 der Verkündigung. Grundlage und Maßstab dafür ist unsere Verfassung. Für uns ist das Wirken der
49 Kirchen, der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften durch nichts zu ersetzen, wo sie zur
50 Verantwortung für die Mitmenschen und das Gemeinwohl ermutigen und Tugenden und Werte
51 vermitteln, von denen die Demokratie lebt.

52
53 55. Wir suchen das Gespräch mit ihnen und, wo wir gemeinsame Aufgaben sehen, die Zusammenarbeit
54 in freier Partnerschaft. Wir achten ihr Recht, ihre inneren Angelegenheiten autonom zu regeln.

55
56

1 3.4 Gleichstellung der Geschlechter

- 2
- 3 1. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass Frauen und Männer gleiche Rechte
4 und Chancen haben – nicht nur auf dem Papier, sondern im täglichen Leben. Wir streiten für
5 gesellschaftliche Bedingungen, in denen Frauen und Männer ihren Weg – gemeinsam oder getrennt,
6 mit und ohne Familie - selbst bestimmt wählen können.
7
- 8 2. Die Frauenbewegung hat die Sozialdemokratie geprägt. Viele Rechte für Frauen wurden seit dem 19.
9 Jahrhundert insbesondere von Sozialdemokratinnen erstritten: Das Frauenwahlrecht, gleiche Rechte
10 in Ehe und Familie und gleicher Zugang zu Bildung. Heute sind Frauen freier in ihrer Entscheidung,
11 ob sie Kinder bekommen wollen oder nicht.
12
- 13 3. Die Frauenbewegung war und ist eine der erfolgreichsten sozialen Bewegungen unserer Zeit. Frauen
14 sind heute selbstbewusst und wollen ihr Leben nach ihren eigenen Vorstellungen gestalten. Das
15 Verhältnis zwischen Männern und Frauen hat sich grundlegend gewandelt. In allen Generationen
16 finden wir Männer, die bereit sind, partnerschaftlich zu leben. Besonders ausgeprägt ist dies bei
17 zahlreichen jungen Vätern, die ihre Kinder begleiten und ihren Partnerinnen gleichberechtigte
18 Teilhabe ermöglichen wollen.
19
- 20 4. Rechtliche Gleichheit ist noch keine tatsächliche Gleichstellung. Deshalb wollen wir, dem Gender-
21 Mainstreaming-Prinzip gemäß, dass jede politische Entscheidung auf ihre Auswirkungen für das
22 Leben von Frauen, Männern und Kindern überprüft und gegebenenfalls verändert wird.
23
- 24 5. Insbesondere in der Berufs- und Arbeitswelt bestehen alte Ungleichheiten fort. Die
25 Schlüsselpositionen in Wirtschaft und Gesellschaft werden ganz überwiegend von Männern besetzt.
26 Frauen erhalten auf allen Ebenen weniger Lohn als gleich qualifizierte Männer.
27
- 28 6. Die Ansprüche an Flexibilität und Verfügbarkeit in der Arbeitswelt lassen sich nur schwer
29 vereinbaren mit Familie und Kindern. Gerade für Frauen addieren sich berufliche und familiäre
30 Belastungen im Alltag, denn eine wirkliche Teilung der Aufgaben zwischen Männern und Frauen ist
31 noch lange nicht die Regel. Ein Großteil der Familienarbeit wird auch heute noch von den Frauen
32 geleistet, oft zusätzlich zu ihrer Erwerbsarbeit, was eine wirkliche Gleichberechtigung im
33 Berufsleben erschwert. Allzu oft sind Frauen vor die Alternative gestellt: Verzicht auf Kinder oder
34 Verzicht auf Beruf.
35
- 36 7. Wir wollen, dass Frauen freie Wahlmöglichkeiten haben. Mit einem flächendeckenden und
37 bedarfsgerechten Ausbau von Betreuungseinrichtungen und der Absicherung von Erziehungsphasen
38 kann die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden. In verschiedenen Lebensphasen
39 sind Frauen und Männer unterschiedlich gefordert. Ob berufliches Fortkommen, Erziehung von
40 Kindern oder Qualifizierung, politisches oder bürgerschaftliches Engagement – sie müssen dafür
41 Zeit haben. Wir wollen die Arbeitswelt so gestalten, dass flexiblere Arbeitszeiten ein Mehr an
42 Zeitsouveränität und damit die Chance bieten, Beruf und Privatleben in eine Balance zu bringen.
43
- 44 8. Wir wollen steuerrechtliche Regeln überwinden, die Frauen entmutigen, erwerbstätig zu werden, und
45 die ihrer beruflichen Emanzipation im Wege stehen.
46
- 47 9. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen wollen wir fördern. Arbeit, die überwiegend von Frauen
48 gemacht wird, ist oftmals schlechter bezahlt. Für gleichwertige Arbeit muss aber gleicher Lohn
49 gezahlt werden. Wir wollen die vorurteilsbehaftete Trennung in typische Frauen- und Männerberufe
50 überwinden. Für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Führungspositionen sind verbindliche
51 Zielvorgaben erforderlich.
52
- 53 10. Wer eine menschliche Gesellschaft will, muss die Gleichstellung von Frau und Mann verwirklichen.
54
55
56

1 3.5 Nachhaltiger Fortschritt und qualitatives Wachstum

- 2
- 3 1. Wohlstand und hohe Lebensqualität für alle waren und bleiben die Ziele sozialdemokratischer
4 Wirtschaftspolitik. In der Vergangenheit ist Fortschritt vor allem als quantitatives Wachstum
5 verstanden worden. Heute zwingen uns der rasche Klimawandel, die Überlastung der Ökosysteme
6 und das Wachstum der Weltbevölkerung der Entwicklung eine neue, zukunftstaugliche Richtung zu
7 geben. Davon hängt ab, ob aus Entwicklung Fortschritt wird. Wir wollen nachhaltigen Fortschritt,
8 der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung vereint. Dafür
9 ist qualitatives Wachstum nötig. Menschen sollen ihren eigenen Lebensunterhalt frei von
10 Ausbeutung und Angst durch gute Arbeit verdienen können. Jeder Mensch soll einen gerechten
11 Anteil am erwirtschafteten Reichtum erhalten. Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen auch
12 für kommende Generationen sichern.
- 13
- 14 2. Wir setzen auf wissenschaftlichen und technischen Fortschritt, um nachhaltige Entwicklung zu
15 ermöglichen. Qualitatives Wachstum setzt eine wettbewerbsfähige Volkswirtschaft mit hoher
16 Produktivität und Wertschöpfung voraus. Sie schaffen die Grundlagen, um Armut, Ausbeutung und
17 Verschwendung natürlicher Ressourcen ein Ende zu machen.
- 18
- 19 3. Wir begreifen die Globalisierung als Chance für neue Arbeitsplätze und für die weltweite
20 Entwicklung des Wohlstands. Die Dynamik der Märkte wollen wir in den Dienst des Menschen
21 stellen. Dazu brauchen wir eine Ordnung für den Wettbewerb, die langfristiges Wachstum entfaltet
22 und die Fixierung auf den kurzfristigen Profit überwindet.
- 23
- 24 4. **Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert**
- 25
- 26 5. Im 20. Jahrhundert ist mit der Sozialen Marktwirtschaft ein herausragendes Erfolgsmodell
27 geschaffen worden. Sie verbindet wirtschaftliche Stärke mit Wohlstand für breite Schichten. Die
28 Soziale Marktwirtschaft, maßgeblich geprägt durch Sozialdemokratie und Gewerkschaften, hat aus
29 der Beteiligung und Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Produktivkraft
30 gemacht und den sozialen Frieden gefördert.
- 31
- 32 6. Aber die globalen Finanz- und Kapitalmärkte, die keine Grenzen mehr kennen, stellen diese
33 bewährte Ordnung in Frage. Eine ausschließliche Orientierung an kurzfristigen und überzogenen
34 Renditen gefährdet den sozialen Zusammenhalt und ist blind für die ökologischen Notwendigkeiten.
35 Sie untergräbt zugleich den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg unserer Unternehmen und unserer
36 Volkswirtschaft. Für uns gilt: So viel Markt wie möglich, so viel Regulierung wie nötig.
- 37
- 38 7. Märkte bedürfen der politischen Gestaltung - im Zeitalter der Globalisierung auch über nationale
39 Grenzen hinaus. Für die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft ist ein gemeinsames Vorgehen in der
40 Europäischen Union von entscheidender Bedeutung.
- 41
- 42 8. Wirtschaftliche Demokratie ist unverzichtbar, um die Forderung des Grundgesetzes mit Leben zu
43 erfüllen: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“
- 44
- 45 9. Die Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen, die Tarifautonomie und das Streikrecht sind
46 grundlegend für die soziale Marktwirtschaft. Innerbetriebliche Demokratie bedeutet Teilhabe am
47 Haben und Sagen. Sie fördert den unternehmerischen Erfolg. Wir bekennen uns zur paritätischen
48 Mitbestimmung in den Aufsichtsräten großer Unternehmen. In einer zunehmend europäisierten
49 Wirtschaft ist es unser Ziel, Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung auf europäischer Ebene
50 auszubauen.
- 51
- 52 10. Starke Gewerkschaften sind für uns unverzichtbar. Bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen
53 halten wir an der bewährten Aufgabenteilung zwischen Gesetzgeber, Tarifvertragsparteien, Betriebs-
54 und Personalräten fest. Die Tarifautonomie gilt uneingeschränkt. Den Flächentarifvertrag wollen wir
55 stärken. Wir sichern die Arbeitnehmerrechte. Dazu gehört der Kündigungsschutz.

- 1 11. Einkommen und Vermögen sind in Deutschland ungerecht verteilt. Sozialdemokratische
2 Steuerpolitik soll Ungleichheit begrenzen und gleiche Chancen fördern. Wir unterstützen
3 Lohnzuwächse, die am Wachstum der Produktivität und an der Inflation orientiert sind. Wir wollen
4 mehr Vermögen in Arbeitnehmerhand. Die Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am
5 Unternehmenskapital als zusätzliche Quelle des Einkommens gewährleistet eine gerechtere
6 Beteiligung der Beschäftigten am Firmenerfolg. Sie fördert zudem Innovation und Produktivität.
7 Überbetriebliche Fonds können gewährleisten, dass das Unternehmensrisiko nicht auf die
8 Arbeitnehmer übertragen wird.
9
- 10 12. Zusätzliche Arbeitsplätze entstehen vor allem, wo kreative Menschen ihre Ideen umsetzen und auf
11 den Markt bringen. Wir verbessern die Bedingungen für Unternehmensgründungen sowie für kleine
12 und mittlere Unternehmen, Handwerker und Selbstständige. Ein starker Mittelstand stärkt die
13 Wertschöpfung. Gemeinnützige Unternehmen sind ein wichtiger Teil der Sozialen Marktwirtschaft.
14
- 15 13. Unternehmerische Freiheit und soziale Verantwortung sind für uns zwei Seiten derselben Medaille.
16 Sozialdemokratische Politik fördert durch einen fairen Wettbewerb verantwortliches
17 Unternehmertum. Für gering verdienende Freiberufler wollen wir eine bessere soziale Sicherung
18 schaffen.
19
- 20 14. **Moderne Dienstleistungspolitik**
21
- 22 15. Nicht alle Arbeitsplätze in Deutschland stehen gleichermaßen im internationalen Wettbewerb.
23 Hochqualifizierte und einfache Dienstleistungen für Menschen in Bildung und Gesundheit, lokalem
24 Handwerk, privaten Haushalten und soziale Diensten bergen aber die größten
25 Beschäftigungspotenziale. Um sie zu erschließen, brauchen wir mehr öffentliche und private
26 Nachfrage nach diesen Dienstleistungen. Eine höhere Erwerbsquote von Frauen und Männern wird
27 auch die Nachfrage nach Dienstleistungen erhöhen.
28
- 29 16. **Strategische und ökologische Industriepolitik**
30
- 31 17. Die Menschheit steht vor großen sozialen und ökologischen Herausforderungen. Um sie zu meistern,
32 brauchen wir innovative und hochwertige Produkte und Dienstleistungen. Wir setzen auf bessere
33 Ideen, auf Spezialisierung und Qualität. So können wir Ressourcen schonen und Energie einsparen,
34 den Klimawandel bekämpfen, Krankheiten heilen, Mobilität verbessern und Kommunikation
35 erleichtern.
36
- 37 18. Der Staat kann und soll die Märkte nicht ersetzen. Aber er kann Leitmärkten Impulse geben. Er muss
38 industriepolitische Prioritäten setzen und sich in Partnerschaft mit Wirtschaft und Wissenschaft auf
39 strategische Felder konzentrieren. Der Staat muss seine Mittel und Instrumente bündeln – von der
40 Forschung über gezielte Regulierung bis hin zur Beschaffung bestimmter Produkte.
41
- 42 19. Die Industrie ist nach wie vor von entscheidender Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft. Viele
43 Dienstleistungen, qualifizierte und einfache, hängen unmittelbar von der Industrie ab.
44 Industrieprodukte werden immer stärker auf Wissen und Dienstleistungen basieren. Eine strategische
45 Industriepolitik setzt auf den Ausbau der qualitativen Vorsprünge unseres Wirtschaftsstandortes. Sie
46 stärkt industrielle Kerne und regionale Wirtschaftskompetenzen. Auch die Wachstumskerne in den
47 neuen Bundesländern zeigen, wie aus Wissen neue Wirtschaftskraft entsteht. Diese Entwicklung im
48 Osten Deutschlands wollen wir stärken.
49
- 50 20. Strategische Industriepolitik muss ökologische Industriepolitik sein. Ökologische Marktanziehe sind
51 Antrieb des qualitativen Wachstums. Unsere Chance liegt darin, Problemlösungen zu entwickeln, die
52 sich weltweit anwenden lassen. Damit neue Ideen rasch in neue Produkte und neue Arbeitsplätze
53 umgemünzt werden, wollen wir eine Politik, die Forschung, Produktentwicklung und
54 unternehmerische Investitionen eng miteinander vernetzt.

- 1
2 **21. Handlungsfähiger Staat und aktive Wachstumspolitik**
3
- 4 22. Soziale Demokratie erfordert einen handlungsfähigen Staat. Nur Reiche können sich einen armen
5 Staat leisten. Für politische Gestaltung braucht der Staat ausreichende und verlässliche Einnahmen.
6
- 7 23. Eine solide Finanzpolitik heißt für uns, dass wir heute nicht auf Kosten zukünftiger Generationen
8 leben. Allerdings darf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht dazu führen, dass wir der
9 kommenden Generation eine marode Infrastruktur hinterlassen. Unsere Verpflichtung gegenüber
10 kommenden Generationen bedeutet: Wir müssen die Verschuldung der öffentlichen Haushalte
11 senken und gleichzeitig mehr Geld in Bildung, Forschung und Infrastruktur investieren.
12
- 13 24. An der Finanzierung der staatlichen Aufgaben müssen sich Unternehmen und Privathaushalte
14 entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit beteiligen. Das bedeutet: Wir bekennen uns zur bewährten
15 progressiven Einkommensteuer. Wir wollen eine gerechte Besteuerung von großen Vermögen und
16 Erbschaften.
17
- 18 25. Wir wollen die sozialen Sicherungssysteme stärker durch Steuern auf alle Einkunftsarten und
19 weniger durch Beiträge finanzieren.
20
- 21 26. Hohe Binnennachfrage schafft mehr Beschäftigung. Darum ist es nicht nur gerecht, sondern
22 ökonomisch geboten, wenn sich Lohnsteigerungen mindestens an der Produktivität und der Inflation
23 orientieren. Um Ausbeutung zu verhindern und fairen Wettbewerb zu sichern, brauchen wir
24 Mindestlöhne.
25
- 26 27. Unsere Finanz- und Geldpolitik in Deutschland und Europa zielt darauf, die Konjunktur zu festigen
27 und ein stetiges, kräftiges Wachstum zu fördern. Der Staat muss durch nationale wie internationale
28 Stabilisierungspolitik dazu beitragen, konjunkturelle Krisen zu überwinden. Die öffentliche Hand
29 muss Geld ausgeben, damit die Konjunktur Impulse erhält und die gesamte Gesellschaft davon
30 profitiert. Eine nachhaltige Wachstumsentwicklung braucht kontinuierlich ansteigende öffentliche
31 Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur.
32
- 33 **28. Kapital- und Finanzmärkte: Chancen nutzen, Risiken kontrollieren**
34
- 35 29. Eine moderne, global vernetzte Volkswirtschaft braucht einen funktionierenden Kapital- und
36 Finanzmarkt. Wir wollen die Potentiale der Kapitalmärkte für qualitatives Wachstum nutzen. Unsere
37 Politik stellt sicher, dass besonders junge, innovative Unternehmen besseren Zugang zu
38 Wagniskapital erhalten.
39
- 40 30. Wo die Finanzmärkte lediglich kurzfristige Renditen anstreben, gefährden sie langfristige
41 Wachstumsstrategien von Unternehmen und vernichten damit Arbeitsplätze. Wir wollen Anleger
42 stärken, die statt schneller Rendite ein langfristiges Engagement im Blick haben. Mit der
43 zunehmenden internationalen Vernetzung der Güter- und Finanzmärkte wird ihre internationale
44 Regulierung immer bedeutsamer. Nur transparente Finanzmärkte sind effiziente Finanzmärkte.
45 Stabile nationale und internationale Finanzmärkte sind ein wichtiges öffentliches Gut. Um
46 Rechtssicherheit und Vertrauen zu verbessern, wollen wir mit anderen Staaten und internationalen
47 Institutionen gemeinsam handeln. Durch klare Regeln und wirksame Aufsicht gilt es,
48 Stabilitätsrisiken und volkswirtschaftlich schädliche Fehlentwicklungen zu verhindern. Wo möglich,
49 wollen wir dies durch das nationale Steuer- und Aktienrecht unterstützen.
50
- 51 31. Für kleine und mittlere Unternehmen spielen kleinere Banken und die Sparkassen eine entscheidende
52 Rolle. Darum wollen wir ihre besondere Rolle erhalten. Zahlreiche Banken in Deutschland und vor
53 allem die Sparkassen und Genossenschaftsbanken zeichnen sich durch ihre langfristige
54 Unternehmensfinanzierung aus. Die Sparkassen erfüllen zudem mit ihrer Orientierung am
55 Gemeinwohl eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe. Diese wertvollen Stützen unserer
56 Wettbewerbsfähigkeit wollen wir stärken.

- 1
2 **32. Wissen und Ideen als Produktivkräfte**
3
4 33. Erfindungsreichtum, gute Ideen und die Innovationen, die daraus entstehen, sind die wichtigsten
5 Produktivkräfte unseres Landes. Sie zu entfalten und für qualifizierte Fachkräfte zu sorgen,
6 betrachten wir als große gemeinsame Aufgabe von Unternehmen, Gewerkschaften und Politik.
7
8 34. Produkt- und Markenpiraterie schädigt nicht nur die Wirtschaft und ihre Innovationskraft, sondern
9 gefährdet durch minderwertige Ware auch die Verbraucher. Deshalb wollen wir geistiges Eigentum
10 schützen und das Urheberrecht sichern.
11
12 35. Der Kreativwirtschaft kommt wachsende Bedeutung zu. Wir sehen das Erfolgsrezept für mehr
13 Innovation, Kreativität und Wertschöpfung in der richtigen Kombination aus Technologie, Talent
14 und Toleranz. Wir müssen in Deutschland eine Atmosphäre von Offenheit für neue Ideen und
15 Einflüsse von Querdenkern schaffen. Kreativität zu fördern, heißt für uns, möglichst allen den
16 Zugang zu neuen Technologien zu ermöglichen.
17
18 36. Nicht jede Erfindung dient dem Fortschritt. Darum prüfen wir sie darauf, ob sie der freien
19 Entfaltung, der Würde, der Sicherheit und dem Miteinander der Menschen nutzen. Dies gilt auch für
20 die Bio- und Gentechnologie und die neuen Möglichkeiten der Medizin. Sie führen uns in ethische
21 Grenzbereiche. Ihre Erforschung und Anwendung erfordern deshalb eine ethische Reflexion und
22 breite Diskussion. Wir suchen das Gespräch darüber mit der Wissenschaft ebenso wie mit den
23 Kirchen und Glaubensgemeinschaften. Die Würde des menschlichen Lebens darf in all seinen
24 Phasen nicht angetastet werden. Am Verbot des gezielten genetischen Eingriffs in die menschliche
25 Keimbahn halten wir fest.
26
27 **37. Energiewende und Schutz der Umwelt**
28
29 38. Energie ist ebenso wie Luft und Wasser Lebensgrundlage unserer Zivilisation. Die gegenwärtige Art,
30 Energie und Ressourcen zu verschwenden, hat keine Zukunft mehr. Für uns ist deshalb die
31 Energiewende, die wir eingeleitet haben, eine Schlüsselaufgabe für das 21. Jahrhundert. Wir treiben
32 den Wechsel von erschöpflichen zu unerschöpflichen und von schadstoffhaltigen zu schadstofffreien
33 Ressourcen konsequent voran. Unser Ziel ist ein solares Energiezeitalter.
34
35 39. Um die Erderwärmung zu bekämpfen, muss der weltweite Ausstoß von Treibhausgasen bis 2050
36 halbiert werden. Wir dringen auf weitere, ehrgeizigere Abkommen zur Reduzierung von
37 Treibhausgasen.
38
39 40. Die Atomspaltung erschien vielen als die große Hoffnung auf dauerhaft verfügbare Energie. Sie
40 kann diese Hoffnungen nicht erfüllen. Ein atomarer Unfall gefährdet Millionen von Menschen. Der
41 atomare Müll ist ein Gefahrenherd für Zehntausende von Jahren. Angesichts neuer terroristischer
42 Bedrohungen ist die Atomwirtschaft eine Gefahrenquelle. Wir verwirklichen den Ausstieg aus der
43 Atomkraft.
44
45 41. Erneuerbare Energien sind überall die jeweils größten und auf Dauer verfügbaren heimischen
46 Energiepotentiale. Effizienzsteigerungen, Ressourceneinsparungen und der Wechsel zu erneuerbaren
47 Energien erfordern vielfältige neue Technologien und Speichermedien. Sie schaffen zahlreiche neue
48 Arbeitsplätze in Industrie, Handwerk und Dienstleistungsberufen sowie in der Land- und
49 Forstwirtschaft.
50
51 42. Wir wollen weg vom Öl und anderen erschöpflichen Energien, bei denen wir auf Importe
52 angewiesen sind. Als Brücke in ein solares Energiezeitalter setzen wir auf moderne Kohle- und
53 Gaskraftwerke. Unter den fossilen Energieträgern geben wir der heimischen Kohle den Vorzug. Wir
54 unterstützen die Entwicklung von Kraftwerken, die keine Treibhausgase mehr freisetzen.
55

- 1 43. Auch in der Industrie wollen wir erschöpfliche durch erneuerbare Rohstoffe ersetzen. Das ist
 2 insbesondere bei chemischen Grundstoffen möglich. Wiederverwertungsverfahren sparen Material
 3 ein, vermeiden Müll und Umweltschäden. So kann eine moderne Kreislaufwirtschaft mit dauerhaften
 4 Chancen für mittlere und kleinere Unternehmen entstehen.
 5
- 6 44. Notwendige und gewünschte Mobilität fördern wir. Überflüssigen Verkehr, wollen wir durch bessere
 7 Logistik und klügere Siedlungsstrukturen vermeiden.
 8
- 9 45. In unsere Verkehrsinfrastruktur muss kräftig investiert werden. Dabei geben wir den ökologisch
 10 günstigsten Verkehrsträgern und dem kombinierten Verkehr Vorrang. Wir wollen einen modernen
 11 und leistungsfähigen Schienenverkehr. Er hat für das Zusammenwachsen Europas eine große
 12 Bedeutung. Er sichert die Lebensqualität der Städte und Regionen. Der Öffentliche
 13 Personennahverkehr bleibt für uns eine öffentliche Aufgabe. Bus und Bahn müssen wirtschaftlicher
 14 werden.
 15
- 16 46. Technische Innovationen mindern den Gegensatz zwischen Umwelt und motorisiertem
 17 Individualverkehr. Wir wollen sie beschleunigen und die Chancen der Hybrid-, der Wasserstoff- und
 18 Brennstoffzellentechnologie entschlossen nutzen.
 19
- 20 47. Wir wollen die Natur in ihrer Vielfalt und ihrem Artenreichtum bewahren und den Flächenverbrauch
 21 deutlich vermindern, um Räume für Erholung und Muße zu erhalten. Aber wir fühlen uns zum
 22 pfleglichen Umgang mit der Natur auch da verpflichtet, wo kein unmittelbarer Nutzen für die
 23 Menschen daraus entsteht. Wir wollen den effektiven Schutz der Meere und Küstenregionen. Natur
 24 hat für uns Eigenwert, wir wollen von ihr lernen und ihre Kräfte für ein besseres Leben nutzen.
 25
- 26 48. Tierversuche sind wo immer möglich zu vermeiden. Artgerechte Tierhaltung ist durchzusetzen.
 27 Tierquälerei bekämpfen wir.
 28
- 29 **49. Nachhaltige Landwirtschaft**
 30
- 31 50. Die Internationalisierung der Agrarmärkte setzt sich weiter fort. Wir wollen auch zukünftig eine
 32 starke Landwirtschaft in Deutschland. Sie soll Kulturlandschaften erhalten, natürliche
 33 Lebensgrundlagen schützen und zur nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Räume beitragen. Wir
 34 fördern eine Landwirtschaft, die den wachsenden Bedarf an gesunden, hochwertigen Lebensmitteln,
 35 nicht zuletzt aus ökologischer Erzeugung, decken kann und gleichzeitig die natürlichen Ressourcen
 36 schont. Landwirte und Verbraucher haben einen Anspruch auf gentechnikfreien Anbau.
 37
- 38 51. Wir wollen eine Landwirtschaft, in der sich eine umwelt- und tiergerechte Produktion lohnt. Damit
 39 sie ihre Position gegenüber einem stark konzentrierten Lebensmitteleinzelhandel stärken können,
 40 brauchen die Landwirte neben den klassischen Zusammenschlüssen neue Formen der Kooperation.
 41 Ländliche Räume haben eigene Entwicklungschancen, die sich mit nachhaltiger
 42 Landbewirtschaftung verknüpfen lassen. Dazu gehören Tourismus und nachwachsende Rohstoffe.
 43
- 44 **52. Verantwortung und Stärke der Verbraucher**
 45
- 46 53. Verantwortungsbewusste Konsumentinnen und Konsumenten sind Vorreiter des nachhaltigen
 47 Fortschritts. Jeder kann Einfluss nehmen, mit jedem Kauf. Der Einzelne mag dabei schwach sein,
 48 doch die Stärke der Verbraucher nimmt zu und ihre organisierte Kraft ist ein wirksames Mittel, der
 49 wirtschaftlichen Entwicklung eine bessere, eine nachhaltige Richtung zu geben. Emanzipierte
 50 Verbraucherinnen und Verbraucher, die bereit sind, qualitativ hochwertige Ware zu kaufen, schaffen
 51 neue Märkte für innovative Produkte. Wir wollen daher transparent machen, unter welchen
 52 Bedingungen Produkte hergestellt und Dienstleistungen erbracht werden, gerade auf globalen
 53 Märkten. Aktive Verbraucherpolitik mit erweiterten Informationsrechten stärkt die Käuferinnen und
 54 Käufer gegen Unternehmen, die minderwertige Ware anbieten oder Arbeitnehmerrechte missachten.
 55 Wir brauchen mehr Transparenz auf dem wachsenden Markt der Finanzdienstleistungen. Eine
 56 unabhängige Verbraucherberatung, verlässliche Qualitätskriterien und eine umfassende

1 Verbraucherbildung sind unerlässlich. Die öffentliche Hand muss mit ihren Beschaffungs- und
 2 Investitionsentscheidungen Vorbild sein.

5 3.6 Gute Arbeit für alle

7 1. Jede Frau und jeder Mann hat das Recht auf Arbeit. Arbeit ist der Schlüssel für Teilhabe am
 8 gesellschaftlichen Leben. Sie gibt Lebenssinn und Anerkennung. Arbeit verhindert soziale
 9 Ausgrenzung und ermöglicht ein selbst bestimmtes Leben. Arbeitslosigkeit dagegen, meist nicht
 10 selbst verschuldet, verletzt die Menschenwürde, grenzt aus und kann krank machen.

12 2. Jede gut gemachte Arbeit verdient Respekt, aber nicht jede Arbeit ist gute Arbeit. Arbeit gehört zum
 13 menschenwürdigen Leben, aber sie muss auch menschenwürdig sein.

14 3. Wir wollen Arbeit, die gerecht entlohnt wird, Anerkennung bietet, nicht krank macht, die erworbene
 15 Qualifikationen nutzt und ausbaut, demokratische Teilhabe garantiert und die Vereinbarkeit von
 16 Beruf und Familie ermöglicht. Gute Arbeit umfasst auch selbständige Erwerbsformen. Auch
 17 ehrenamtliche und gesellschaftlich wertvolle Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit gilt es zu fördern.

19 4. Arbeit für alle

21 5. Gute Arbeit wollen wir für alle ermöglichen.

23 6. Wir geben das Ziel der Vollbeschäftigung nicht auf, auch nach Jahrzehnten hoher Arbeitslosigkeit in
 24 Deutschland. Wir wissen, dass dieses Ziel nicht einfach zu erreichen ist. Die Globalisierung
 25 verändert den Arbeitsmarkt: Einerseits wächst das Angebot von Arbeitskräften, die jenseits ihrer
 26 Heimatgrenzen nach Beschäftigung suchen. Andererseits treten Standorte – nicht zuletzt auch in ein
 27 und demselben Konzern – in Konkurrenz zueinander. Die Löhne und Arbeitsbedingungen geraten
 28 unter Druck. Vielfach dominieren kurzfristige Unternehmensstrategien. Der Zwang zur permanenten
 29 Verfügbarkeit im Arbeitsleben geht einher mit der Zunahme prekärer Arbeitsbedingungen. Durch
 30 Befristungen, Unternehmensausgliederungen, Leiharbeit und die massive Zunahme niedrig
 31 entlohnter Beschäftigung ist Arbeit für viele keine sichere Lebensgrundlage mehr. Die wachsende
 32 wirtschaftliche Dynamik fordert von den Menschen Arbeitsplatz- und auch Berufswechsel, vor allem
 33 aber ständiges Dazulernen.

35 7. Deshalb bedeutet Vollbeschäftigung heute für uns nicht die unausgesprochene Garantie, dass jeder
 36 ein Leben lang in derselben Firma denselben Arbeitsplatz hat. Vollbeschäftigung bedeutet für uns
 37 heute: Jeder Mensch soll immer wieder neu die Chance auf gute Arbeit und die dafür nötige
 38 Qualifikation erhalten. Notwendige und erwünschte Phasen der Qualifizierung und Weiterbildung,
 39 der Kindererziehung und Familienarbeit, der ehrenamtlichen und politischen Arbeit sollen die
 40 angemessene Anerkennung erfahren und deshalb in gesellschaftlicher Solidarität sozial abgesichert
 41 sein.

43 8. Deutschland geht die Arbeit nicht aus. Es gilt, vorhandene und neue Potenziale zu erschließen.

45 9. Sozialdemokratische Politik für Vollbeschäftigung basiert auf vier Säulen: Erstens ein möglichst
 46 hohes und qualitatives Wachstum, Vorsprung bei innovativen Produkten und besondere
 47 Beschäftigungsdynamik im Dienstleistungsbereich, die zu einem deutlich höheren Angebot an
 48 Arbeitsplätzen führen. Zweitens unterstützt der vorsorgende Sozialstaat durch koordinierte
 49 Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Gleichstellungs- und Familienpolitik die Menschen dabei, Übergänge und
 50 Unterbrechungen in ihren Erwerbsbiographien zu meistern und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu
 51 erhalten. Drittens sind für Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Perspektive haben,
 52 besondere Angebote öffentlich geförderter und gemeinwohlorientierter Arbeit nötig. Viertens ist eine
 53 moderne Arbeitszeitpolitik erforderlich, die Selbstbestimmung und Flexibilität fördert sowie durch
 54 Arbeitszeitverkürzung mehr Menschen in Beschäftigung bringt.

1 **10. Teilhabe am Haben und am Sagen**

2
3 11. Zusammen mit den Gewerkschaften treten wir für einen gerechten Anteil der Arbeitnehmer am
4 Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit und für das Recht auf Mitbestimmung im wirtschaftlichen und
5 sozialen Leben ein. Die Tarifhoheit ist ein hohes Gut. Arbeitgeber und Arbeitnehmer entscheiden in
6 Deutschland in eigener Zuständigkeit über Löhne und Arbeitsbedingungen. Dies bleibt unangetastet.
7 Wir wollen starke und handlungsfähige Gewerkschaften, die große Teile der Belegschaften
8 repräsentieren und streikfähig sind.

9
10 12. Angesichts des zunehmenden Einflusses der Finanzmärkte müssen die demokratischen
11 Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer bei Unternehmensentscheidungen gestärkt werden.
12 Angesichts des Wandels der Arbeitswelt muss die betriebliche Mitbestimmung weiterentwickelt
13 werden. Mitbestimmungsrechte müssen auf europäischer Ebene verankert werden.

14
15 13. Gerechte Teilhabe am erwirtschafteten Ertrag ist das Gebot sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer
16 Vernunft. Wir wollen Lohnerhöhungen, die sich an Produktivität und Preissteigerung orientieren.
17 Weil die Schere zwischen Einkünften aus Erwerbseinkommen und Kapitalrenditen auseinander geht,
18 wollen wir zusätzlich mehr Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand.

19
20 14. Wer Vollzeit arbeitet, soll mit dem Lohn auch seinen Lebensunterhalt bestreiten können. Wir
21 kämpfen für Existenz sichernde Mindestlöhne in Deutschland und Europa.

22
23 15. Unser Ziel bleibt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, für Frauen und für Männer.

24
25 **16. Sicherheit im Wandel**

26
27 17. Nur wer verlässliche Perspektiven in seinem Leben hat, kann seine Talente und seine
28 Leistungsfähigkeit voll entfalten. Gute Arbeit verbindet Flexibilität und Sicherheit.

29
30 18. Das Tempo des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, immer schnellere Veränderungen in der
31 Arbeitswelt, verschärfter Wettbewerb erfordern mehr Flexibilität. Zugleich bietet sie mehr Chancen
32 für individuelle Lebensgestaltung. Immer neu lernen, ist Gewinn. Neue berufliche Erfahrungen
33 bereichern. Menschen wollen ihre eigenen Talente entfalten. Mehr Souveränität über die eigene Zeit
34 zu haben, ist für die meisten Menschen erstrebenswert. Menschen haben ein Recht auf freie Zeit.

35
36 19. Um Sicherheit und Flexibilität zu verbinden und Sicherheit im Wandel zu gewährleisten, wollen wir
37 eine moderne Arbeitszeitpolitik entwickeln und die Arbeitslosenversicherung zu einer
38 Arbeitsversicherung umgestalten.

39
40 20. Moderne Arbeitszeitpolitik ist in unterschiedlichen Formen möglich: Durch den Abbau von
41 Überstunden, abgesicherte Arbeitszeitkonten, flexible Formen der Arbeitszeitverkürzung. Hinzu
42 kommen gesellschaftlich erwünschte und individuell gewählte Phasen, in denen Menschen, statt
43 einer Erwerbsarbeit nachzugehen, Kinder erziehen, sich weiterbilden, Angehörige pflegen oder eine
44 Auszeit nehmen. Was gesellschaftlich erforderlich ist, muss auch solidarisch gefördert werden.

45
46 21. Deshalb müssen unsere Sozialsysteme den sich ändernden Erwerbsbiografien besser angepasst
47 werden. Die Arbeitsversicherung soll berufliche Übergänge und Erwerbsunterbrechungen absichern
48 sowie Weiterbildung in allen Lebensphasen gewährleisten. Dazu werden wir ein Recht auf
49 Weiterbildung durchsetzen. Sie soll die Wahlmöglichkeiten erweitern und die
50 Beschäftigungsfähigkeit erhalten.

51
52 22. Die Humanisierung der Arbeitswelt ist eine ständige Aufgabe. Schlechte Arbeitsbedingungen und
53 hoher Leistungsdruck gefährden die Qualität von Arbeit, aber auch die Gesundheit der
54 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Arbeits- und Gesundheitsschutz ist weiter zu entwickeln.
55 Arbeitsbedingungen müssen sich an den Bedürfnissen einer älter werdenden Arbeitnehmerschaft
56 orientieren.

- 1
2 23. Die notwendige Zuwanderung und wachsende Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und
3 Arbeitnehmern darf nicht zu Sozial- und Lohndumping führen. Recht und Ordnung auf dem
4 Arbeitsmarkt garantiert gute Arbeit. Illegale Beschäftigung bekämpfen wir.
5
6 24. So sehr Flexibilität erforderlich und auch wünschenswert ist, so wenig darf sie missbraucht werden.
7 Wir wollen prekäre Arbeitsverhältnisse überwinden, damit Arbeitnehmer nicht schutzlos sind.
8
9 25. Gute Arbeit schließt gesicherte Arbeitnehmerrechte ein: Die Mitbestimmung, die
10 Betriebsverfassung, die Tarifautonomie, der Flächentarif, der Arbeits- und der Kündigungsschutz
11 sind unverzichtbar.
12
13

14 3.7 Der vorsorgende Sozialstaat

- 15
16 1. Der Sozialstaat ist eine große zivilisatorische Errungenschaft des 20. Jahrhunderts. Er ergänzt die
17 bürgerlichen Freiheitsrechte durch soziale Bürgerrechte. Daher gehören für uns Demokratie und
18 Sozialstaat zusammen. Der Sozialstaat hat Millionen von Menschen aus den Zwängen ihrer Herkunft
19 befreit, vor Härten des Marktes geschützt und ihnen Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben
20 eröffnet. Er ist eine entscheidende Grundlage für die wirtschaftliche Dynamik, die unseren
21 Wohlstand schafft.
22
23 2. Der Sozialstaat ist die organisierte Solidarität der Starken mit den Schwachen, der Jungen mit den
24 Alten, der Gesunden mit den Kranken, der Arbeitenden mit den Arbeitslosen, der Nichtbehinderten
25 mit den Behinderten. Das Fundament des Sozialstaates bilden die staatlich verbürgte soziale
26 Sicherung und Teilhabe, der einklagbare Rechtsanspruch auf Sozialleistungen sowie die
27 Arbeitnehmerrechte.
28
29 3. Der globale Kapitalismus vertieft die Kluft zwischen Reich und Arm. Auch in unserer Gesellschaft
30 verschärfen sich die sozialen Gegensätze. Einige Länder nehmen dies als Schicksal hin. Erfolgreiche
31 Sozialstaaten hingegen schützen Menschen vor Armut und ermöglichen sozialen Aufstieg.
32
33 4. Wo die Erwerbsformen flexibler und häufig auch prekärer werden, wird die zentrale Funktion des
34 Sozialstaates noch wichtiger: Sicherheit im Wandel zu gewährleisten. Angst vor dem Absturz lähmt.
35 Nur wer sich abgesichert weiß, wird Risiken eingehen. Nur wer Chancen hat, wird sich anstrengen.
36
37 5. Um dieses Versprechen von Sicherheit und Aufstieg in unserer Zeit zu erneuern, entwickeln wir den
38 Sozialstaat weiter zum vorsorgenden Sozialstaat. Er bekämpft Armut und befähigt die Menschen, ihr
39 Leben selbst bestimmt zu meistern. Vorsorgende Sozialpolitik fördert Existenz sichernde
40 Erwerbsarbeit, hilft bei der Erziehung, setzt auf Gesundheitsprävention. Sie gestaltet den
41 demografischen Wandel und fördert eine höhere Erwerbsquote von Frauen und Älteren. Sie
42 verhindert Ausgrenzung und erleichtert berufliche Integration. Sie entlässt niemanden aus der
43 Verantwortung für das eigene Leben. Der vorsorgende Sozialstaat begreift Bildung als zentrales
44 Element der Sozialpolitik.
45
46 6. Übergeordnete Aufgabe des vorsorgenden Sozialstaates ist die Integration aller Menschen in die
47 Gesellschaft. Deshalb vernetzt vorsorgende Sozialpolitik unterschiedliche Aufgaben wie
48 Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik, Bildungs- und Gesundheitspolitik, Familien- und
49 Gleichstellungspolitik oder die Integration von Einwanderern.
50
51 7. Die zentralen Ziele des vorsorgenden Sozialstaates sind Sicherheit, Teilhabe und Emanzipation:
52
53 8. **Sicherheit** bedeutet den Schutz der Menschen vor existenzieller Not, vor Ausbeutung, vor
54 Diskriminierung, vor elementaren Lebensrisiken wie Alter, Arbeitslosigkeit, Krankheit und
55 Pflegebedürftigkeit. Zugleich schafft Sicherheit überhaupt erst die Voraussetzung für ein
56 selbstbestimmtes Leben.

- 1
2 9. **Teilhabe** aller Menschen an der wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Entwicklung
3 ist das Ziel sozialdemokratischer Politik. Zentral dafür sind gute Bildung, Existenz sichernde Arbeit
4 und Gesundheit, aber auch die gerechte Verteilung des Wohlstands. Die Qualität des Sozialstaates
5 bemisst sich nicht allein an der Höhe von Transferleistungen, sondern an der Gewährleistung
6 tatsächlicher Lebenschancen, die allen von Anfang an und immer aufs Neue offen stehen müssen.
7
- 8 10. **Emanzipation** setzt Sicherheit und Teilhabe voraus. Die Menschen wollen ihr eigenes Leben frei
9 und selbstbestimmt gestalten. Niemand darf wegen seiner Herkunft benachteiligt sein.
10
- 11 11. Vorsorgende Sozialpolitik will Sicherheit, Teilhabe und Emanzipation für alle verwirklichen –
12 unabhängig von sozialer Herkunft, Geschlecht, Lebensalter oder einer Behinderung.
13
- 14 12. Je früher, individueller und wirksamer das Prinzip der Vorsorge praktiziert wird, desto besser ist der
15 Sozialstaat in der Lage, die großen Lebensrisiken solidarisch abzusichern. Schon das Berliner
16 Programm der SPD hat formuliert: „Sozialpolitik will nicht nur reparieren und in Notfällen
17 einspringen, sondern vorausschauend gestalten.“
18
- 19 13. Mehr und bessere soziale Dienstleistungen für Kinder, Jugendliche, Familien, Ältere und Behinderte
20 sind der Schlüssel für eine Gesellschaft, die niemanden ausschließt. In unseren Kindergärten,
21 Schulen und Hochschulen, Krankenhäusern und Pflegestationen wollen wir dafür die Weichen
22 stellen. Wer in sozialen Einrichtungen arbeitet, hat Anspruch auf erstklassige Qualifizierung und
23 Förderung. Wer in sozialen Berufen für Andere da ist, verdient Anerkennung, Respekt und faire
24 Bezahlung. Soziale Dienstleistungen müssen nicht vom Staat erbracht werden. Besonders freie
25 Wohlfahrtsverbände sind wichtige Partner. Der Staat trägt aber die Verantwortung dafür, dass
26 Qualität und gleicher Zugang für alle gesichert sind.
27
- 28 14. Gerechtigkeit und Solidarität müssen auch für die Finanzierung unseres Sozialstaats gelten. Die
29 paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gezahlten Beiträge bleiben die Grundlage unserer
30 Sicherungssysteme. Wir wollen sie ergänzen durch eine höhere und gesicherte Steuerfinanzierung,
31 die alle nach ihrer Leistungsfähigkeit beteiligt. Auch aus ökonomischen Gründen muss die
32 Finanzierung des Sozialstaates auf eine breitere Grundlage gestellt werden, um Erwerbsarbeit zu
33 entlasten. Der vorsorgende Sozialstaat muss deshalb stärker am Bürgerstatus und weniger am
34 Erwerbsstatus ansetzen.
35
- 36 15. **Gesundheit**
37
- 38 16. Vorsorgende sozialdemokratische Gesundheitspolitik will Krankheit vermeiden und Gesundheit
39 erhalten. Jedes Kind hat ein Recht darauf, gesund aufzuwachsen. Wir fördern gesundheitsbewusstes
40 Verhalten, Gesundheitserziehung von Anfang an, verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen, auch in
41 Kindertagesstätten und Schulen.
42
- 43 17. Zugleich müssen die Möglichkeiten des medizinischen Fortschritts genutzt werden, um Krankheiten
44 zu heilen und unheilbar Kranke menschenwürdig zu versorgen. Kranke haben unabhängig von
45 Herkunft, Alter oder Geschlecht denselben Anspruch auf Versorgung und gleiche Teilhabe am
46 medizinischen Fortschritt. Wir wollen keine Zweiklassenmedizin. Deshalb wollen wir die
47 solidarische Bürgerversicherung, in die alle Menschen einbezogen werden.
48
- 49 18. Die Prinzipien der solidarischen Bürgerversicherung wollen wir auch in der Pflegeversicherung
50 anwenden. Für eine menschenwürdige Pflege kommt es darauf an, dass sich Familie, privates
51 Umfeld, ambulante und stationäre Einrichtungen wirksam ergänzen. Menschen bedürfen am
52 Lebensende der besonderen Solidarität. Jeder Mensch hat Anspruch auf ein Sterben in Würde.
53
54
55
56

1 **19. Sicher und aktiv im Alter**

2
3 20. Die Gesellschaft der Zukunft wird eine Gesellschaft des längeren Lebens sein. Da die Menschen
4 auch länger gesund bleiben, schließt sich an das Arbeitsleben zunehmend eine dritte ausgedehnte
5 Lebensphase an. Wir wollen, dass jeder Mensch im Alter aktiv und kreativ am gesellschaftlichen
6 Leben teilnehmen kann. Das Engagement und die Erfahrung der Älteren bereichern unser Land
7 wirtschaftlich, politisch und kulturell.

8
9 21. Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt die tragende Säule der Alterssicherung. Sie muss
10 allerdings durch Betriebsrenten oder öffentlich geförderte private Vorsorge ergänzt werden, damit
11 die Menschen im Alter ihren Lebensstandard halten können.

12
13 22. Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung langfristig auf alle Erwerbstätigen ausdehnen. Dabei
14 halten wir am Erwerbseinkommen und der Erwerbsdauer als Maßstab für die Rentenhöhe fest.

15
16 23. Die Rente muss beitragsbezogen bleiben. Eine Einheitsrente lehnen wir ab. Wir wollen Altersarmut
17 vermeiden. Die Einführung der Grundsicherung im Alter war dafür ein wichtiger Schritt.

18
19 **24. Vorsorgende Sozialpolitik in den Kommunen**

20
21 25. Eine gute vorsorgende Sozialpolitik wird vor allem in den Kommunen mit Leben erfüllt – in
22 hochwertigen Kindergärten und Schulen in einem lebenswerten Wohnumfeld, mit vielfältigen
23 Angeboten für die Integration von Zuwanderern, für Beschäftigung und Qualifizierung, für Sport,
24 Erholung und Gesundheit. Wir unterstützen eine Politik für soziale Kommunen, die Stadtteile und
25 Gemeinden in diesem Sinne entwickelt. Dabei kommt es darauf an, die Bereitschaft der Bürgerinnen
26 und Bürger zum Miteinander, zur Selbsthilfe und zur Übernahme von Verantwortung zu ermutigen.

27
28 26. Kommunen haben die Aufgabe, Menschen in spezifischen Notlagen geeignete Hilfe zur Verfügung
29 zu stellen.

30
31 27. Wir unterstützen das Bemühen von Kommunen, bezahlbaren Wohnraum bereitzuhalten. Wir
32 schützen die Rechte der Mieter.

33
34

35 **3.8 Bessere Bildung, kinderfreundliche Gesellschaft**

36
37 1. Soziale Teilhabe und Bildung waren die ersten Ziele der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert, aus
38 der die Sozialdemokratie hervorgegangen ist. „Unsere Kinder sollen es einmal besser haben“, war
39 ein wichtiges Motiv im Kampf vieler Menschen für eine bessere Zukunft. Diese Ziele müssen unter
40 den veränderten Bedingungen der Gegenwart wieder ins Zentrum der politischen Praxis rücken.

41
42 2. Wir wollen gleiche Lebenschancen für alle. Über gleiche Lebenschancen entscheiden zuerst und vor
43 allem Bildung und Familie. Deshalb wollen wir bessere Bildung für alle durchsetzen und Familien
44 stärken. Unser Ziel ist eine kinderfreundliche Gesellschaft.

45
46 3. Bildung entscheidet unsere Zukunft, sie ist die große soziale Frage unserer Zeit. Sie erst ermöglicht
47 dem Menschen, sich selbst bestimmte Ziele zu setzen und Träume zu verwirklichen. Sie erschließt
48 ihm den Zugang zu einer Welt im Wandel. Sie befähigt ihn zu Demokratie und sozialer
49 Verantwortung. Sie eröffnet ihm die Chance auf Arbeit, sorgt immer neu für Teilhabe und soziale
50 Aufstiegsperspektiven. Sie ist eine wirtschaftliche Produktivkraft von schnell wachsender
51 Bedeutung. Nur Gesellschaften, die ein offenes, sozial durchlässiges und hoch entwickeltes
52 Bildungssystem haben, gedeihen in der globalen Wissensgesellschaft.

53
54 4. Bildung ist mehr als die Vermittlung beruflich verwertbaren Wissens. Wir wollen eine ganzheitliche
55 Bildung, der es gleichermaßen um Erkenntnis und Kenntnisse geht, wie um soziale Kompetenzen,
56 ästhetische Erfahrung, ethische Reflexion und Sensibilität für Werte. Orientierung ergibt sich nicht

1 notwendig aus Wissen, daher brauchen wir eine Aufwertung der politischen Bildung und der
2 Erziehung zur Demokratie. Bildung stärkt die Persönlichkeit und befähigt zur Toleranz.

3
4 5. Das Wissen nimmt in atemberaubendem Tempo zu, erworbene Kenntnisse sind rasch überholt.
5 Schon immer lernen Menschen für das Leben, heute auch ein Leben lang. Wir wollen Freude am
6 Lernen vermitteln und Offenheit für Ergebnisse der Forschung wecken.

7
8 **6. Bildung für alle**

9
10 7. Der Staat hat dafür zu sorgen, dass alle den gleichen Zugang zu Bildung haben, unabhängig von
11 ihrer Herkunft. Jeder Mensch hat das Recht auf einen gebührenfreien Bildungsweg von Krippe und
12 Kindergarten bis zur Hochschule. Wir wollen es verwirklichen. Ausgrenzung durch mangelnde
13 Bildungschancen ist Unrecht.

14
15 8. Bessere Bildung verlangt höhere Ausgaben. Sie haben als Investition in Menschen Priorität.

16
17 9. Wir brauchen eine Kultur der zweiten und dritten Chance. Wer im Laufe seines Lebens in eine
18 Sackgasse geraten ist, muss die Chance bekommen, Schulabschlüsse gebührenfrei nachzuholen und
19 berufliche Abschlüsse zu erwerben.

20
21 10. Unser Bildungswesen muss von Anfang an die Gleichstellung von Mädchen und Jungen und die
22 Überwindung einschränkender Rollenmuster im Blick haben. Auch für die Integration
23 Zugewanderter und von Menschen mit Behinderungen ist Bildung der Schlüssel. Gemeinsames
24 Lernen fördert soziale Integration.

25
26 11. Damit Bildung alle erreicht, bekämpfen wir den Analphabetismus. Wir fördern auch einen
27 kompetenten, bewussten und kritischen Umgang mit Computer, Internet und anderen Medien.

28
29 12. Aber Bildung bleibt immer auf die Menschen angewiesen, die sie vermitteln. Sie alle, ob in
30 Kindergarten, Schule oder Hochschule, können umso erfolgreicher wirken, je mehr sie in der
31 Gesellschaft Verständnis, Anerkennung und Unterstützung finden. Daher wollen wir auch ihre
32 Weiterbildung fördern. Wir müssen darauf achten, dass das Zahlenverhältnis zwischen Frauen und
33 Männern unter den Lehrenden vom Kindergarten bis zur Hochschule ausgewogener wird. Nur so
34 finden Jungen und Mädchen Leitbilder.

35
36 13. Niemand kann die Eltern aus der Verantwortung für ihre Kinder entlassen. Wir wollen ihnen durch
37 Bildungs- und Betreuungsangebote helfen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

38
39 **14. Bildung von Anfang an**

40
41 15. Da die ersten Wochen, Monate und Jahre über ein Leben entscheiden können, müssen die Eltern,
42 aber auch Hebammen, Ärztinnen und Ärzte, Krankenschwestern und Krankenpfleger auf ihre
43 Aufgabe gut vorbereitet sein.

44
45 16. Kindertagesstätten dienen nicht nur der Betreuung, sondern auch der Bildung. Wir wollen sie zu
46 Eltern-Kind-Zentren ausbauen, wo Familien Beratung, Weiterbildung und verlässliche Hilfe im
47 Alltag finden. Dort können auch, nicht zuletzt durch Sprachförderung, herkunftsbedingte
48 Benachteiligungen ausgeglichen werden.

49
50 17. Sozialdemokraten haben die Abschaffung des Schulgeldes erkämpft. Jetzt fordern wir die
51 gebührenfreie Ganztagsbetreuung für alle Kinder von Anfang an, ab dem 2. Lebensjahr einen
52 Rechtsanspruch auf Betreuung.

53
54
55
56

1 **18. Gemeinsam lernen**

2
3 19. Über Bildungswege und -chancen wird in unserem Bildungssystem zu früh entschieden. Wir werben
4 daher für ein Schulsystem, in dem Kinder so lange wie möglich zusammen und voneinander lernen.
5 Dies ist am besten zu erreichen in einer gemeinsamen Schule bis zur zehnten Klasse.

6
7 20. Wir wollen die Ganztagschule ausbauen – als Ort des Lernens und des sozialen Miteinanders. Sie
8 wird neben der Familie zu einem Lebensmittelpunkt von Kindern und Jugendlichen. Eltern werden
9 entlastet, Kinder können ihre Stärken entdecken und entwickeln. Die Ganztagschule ist in ein
10 soziales Umfeld eingebettet, dazu gehören Betriebe, Sportvereine, Musikschulen, Volkshochschulen
11 oder Träger der freien Jugendhilfe.

12
13 21. Wir wollen längeres gemeinsames Lernen verbinden mit besserer individueller Förderung.
14 Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass dies nicht nur den Lernschwachen, sondern auch den
15 Lernstarken zugute kommt. Nur so lässt sich die Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen
16 Herkunft aufbrechen.

17
18 22. Wir wollen, dass Schulen selbstständiger arbeiten. Sie erhalten verbindliche Standards und ihre
19 Leistungsfähigkeit wird regelmäßig überprüft. Dabei sollen sie jedoch weit mehr eigene Kreativität
20 und Kompetenz entfalten können. Unser Leitbild ist die demokratische Schule, in der die Lehrenden
21 ebenso wie die Lernenden und ihre Eltern in die Entscheidungen eingebunden sind.

22
23 **23. Die berufliche Ausbildung modernisieren**

24
25 24. Die berufliche Erstausbildung ist eine wichtige Grundlage für den späteren Beruf und für das
26 lebenslange berufliche Lernen. Sie soll deshalb auch berufsübergreifende Fähigkeiten vermitteln.
27 Alle Jugendlichen müssen dazu die Möglichkeit erhalten.

28
29 25. Das Duale System wollen wir weiterentwickeln. Es muss so modernisiert werden, dass es mit den
30 rasanten Entwicklungen in der Arbeitswelt Schritt hält. Schulen und Betriebe müssen gut zusammen
31 arbeiten. Der Schritt von der allgemein bildenden in die berufliche Ausbildung fällt Jugendlichen
32 leichter, wenn sie sich schon in der Schule auf den Beruf orientieren. Die Unternehmen bleiben in
33 der Pflicht, für die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses zu sorgen. Solidarische
34 Finanzierungsmodelle können dabei helfen.

35
36 **26. Studium und Forschung stärken**

37
38 27. Wir wollen die Qualität von Lehre und Forschung an unseren Hochschulen verbessern, mehr
39 Studienplätze schaffen. Verantwortlich für die Hochschulen ist und bleibt der Staat, er muss ihre
40 Finanzierung sichern. Dazu ist auch ein finanzieller Ausgleich zwischen den Bundesländern nötig.
41 Trotzdem sollen Hochschulen soweit wie möglich autonom sein. Alle, die am Leben der Hochschule
42 beteiligt sind, sollen mitbestimmen.

43
44 28. Forschung und Lehre gehören zusammen, ihre Einheit und ihre Freiheit müssen das Herz der
45 Universität bleiben. Die Hochschulen sollen insgesamt das breite Spektrum von Lehre und
46 Forschung anbieten. Sozial- und Geisteswissenschaften sind ebenso zu fördern wie Natur- und
47 Technikwissenschaften.

48
49 29. Wir wollen einen offenen Zugang zum Studium und den Anteil der Studierenden aus bildungsfernen
50 Familien erhöhen. Ein Studium muss auch für die Menschen finanziell möglich gemacht werden, die
51 sich bereits in einem Beruf qualifiziert haben. Wir sprechen uns gegen Studiengebühren für das
52 Erststudium aus. Die staatliche Ausbildungsförderung ist bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

53
54 30. Die Studienförderung muss dafür sorgen, dass mehr Studierende zu internationaler Erfahrung
55 kommen. Zugleich soll unser Land offen sein für Studierende aus anderen Ländern.

56

- 1
2 **31. Weiterbildung in der lernenden Gesellschaft**
3
4 32. Für die lernende Gesellschaft wollen wir die Weiterbildung zur vierten Säule unseres
5 Bildungssystems ausbauen. Auch sie steht in öffentlicher Verantwortung. Wir wollen Fortbildung
6 finanziell und durch Freistellungsansprüche sicherstellen. Dabei wollen wir Tarifpartner und
7 Betriebe einbeziehen. Die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung
8 soll bei der Finanzierung helfen.
9
10 33. Wir werden auch die allgemeine, kulturelle und politische Weiterbildung fördern. Sie muss auch den
11 Älteren zugute kommen. Durch Weiterbildung können ältere Menschen in Beruf und Gesellschaft
12 aktiv bleiben. Bildung ermöglicht Älteren auf der Höhe der Zeit zu bleiben.
13
14 **34. Kinder und Familien stärken**
15
16 35. Kinder verkörpern Freude auf die Zukunft. Sie sind das Fundament jeder Gesellschaft. Wir wollen
17 eine Gesellschaft, die Familien mit Kindern beste Bedingungen bietet, und ein Klima der
18 Aufgeschlossenheit gegenüber den Bedürfnissen von Kindern. Eine erfolgreiche Kinder- und
19 Familienpolitik gehört zu den Schlüsselfragen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.
20
21 36. Unser Leitbild ist die Familie, in der Mutter und Vater gleichermaßen für Unterhalt und Fürsorge
22 verantwortlich sind. Dies will die große Mehrheit der jungen Menschen. Es entspricht dem Bedürfnis
23 der Kinder nach Mutter und Vater und es sichert die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Familie.
24
25 37. In der Familie können Menschen Liebe, Geborgenheit und Halt, Orientierung und gegenseitige
26 Unterstützung erfahren, Sicherheit verspüren und Verantwortung füreinander lernen. Wir
27 unterstützen und fördern die Ehe. Auch andere gemeinsame Lebenswege, wie gleichgeschlechtliche
28 Lebenspartnerschaften, verdienen soziale und rechtliche Anerkennung. Alleinerziehende Mütter und
29 Väter bedürfen unserer besonderen Unterstützung. Familie ist dort, wo Kinder sind und wo
30 Lebenspartner oder Generationen füreinander einstehen. Wir wollen die Bedingungen für Familien
31 mit Kindern verbessern, Offenheit und Verständnis für Kinder wecken und ein Klima schaffen, in
32 dem Kinder, auch wenn es nicht die eigenen sind, nicht als Last, sondern als Freude und Ermutigung
33 wahrgenommen werden.
34
35 38. Wir müssen es jungen Paaren leichter machen, sich ihre Kinderwünsche zu erfüllen, ohne beruflich
36 ins Hintertreffen zu geraten. Dies gilt besonders für Eltern, die sich für mehrere Kinder entscheiden.
37 Paare, die sich drei oder mehr Kinder wünschen, sollen nicht aus finanziellen Gründen darauf
38 verzichten müssen. Junge Familien brauchen schon bei der Familiengründung und in jeder
39 Lebensphase gezielte Unterstützung. Dies wollen wir gewährleisten durch gute und verlässliche
40 Betreuungsangebote, familiengerechte Arbeitszeiten und finanzielle Hilfen.
41
42 39. Auch die Wirtschaft trägt Verantwortung für die Familie. Prekäre Erwerbsverhältnisse erschweren
43 die Entscheidung für Kinder. Wo der allzeit verfügbare Arbeitnehmer zum Ideal wird, leiden die
44 Familien. Arbeitszeiten, die sich an den Bedürfnissen von Eltern orientieren, nutzen schließlich auch
45 den Unternehmen.
46
47 40. Wenn Eltern sich trennen, darf dies nicht zum Armutsrisiko für Kinder werden. Alleinerziehende, in
48 der Regel die Mütter, sind ohne Betreuungsangebote nicht in der Lage, einen Beruf auszuüben. Dies
49 macht Betreuungsmöglichkeiten dringlich. Elternrecht findet seine Grenzen, wo Kindesrecht verletzt
50 wird. Kinder haben eigene Rechte, nicht zuletzt das Recht auf gewaltfreie Erziehung. Wir wollen
51 diese Rechte in der Verfassung verankern. Wo sie verletzt werden, müssen Staat und Gesellschaft
52 eingreifen.
53
54
55
56

1 **4. Unser Weg**

- 2
- 3 1. Die Zukunft ist offen. Wir versprechen niemandem, dass wir eine Welt voller Konflikte und
- 4 Widersprüche in ein irdisches Paradies verwandeln können. Wir erkennen Realitäten an, finden uns
- 5 aber nicht mit den Verhältnissen ab wie sie sind. Wir wollen den Weg in eine lebenswerte Zukunft
- 6 gehen.
- 7
- 8 2. Wir wollen eine friedlichere und gerechtere Welt.
- 9
- 10 3. Wir wollen das soziale und demokratische Europa.
- 11
- 12 4. Wir wollen die solidarische Bürgergesellschaft und den handlungsfähigen demokratischen Staat
- 13 stärken.
- 14
- 15 5. Wir wollen die Gleichstellung der Geschlechter verwirklichen.
- 16
- 17 6. Wir wollen durch qualitatives Wachstum Wohlstand und Lebensqualität für alle ermöglichen und
- 18 unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen.
- 19
- 20 7. Wir wollen gute Arbeit für alle.
- 21
- 22 8. Wir wollen den vorsorgenden Sozialstaat, der Sicherheit und Teilhabe gewährleistet.
- 23
- 24 9. Wir wollen gleiche Lebenschancen, bessere Bildung für alle in einer kinder- und familienfreundliche
- 25 Gesellschaft.
- 26
- 27 10. Die Geschichte hat uns gelehrt: Nicht Systeme, sondern Menschen ändern die Verhältnisse. Eine
- 28 bessere Zukunft kommt nicht von selbst, sie muss erdacht und erstritten werden. Eine Partei kann
- 29 immer nur so stark sein wie die Menschen, die ihre Werte teilen und ihre Ziele unterstützen.
- 30
- 31 11. Viele Menschen engagieren sich in Gewerkschaften, Vereinen, Verbänden, Kirchen, sozialen
- 32 Bewegungen und Netzwerken. Viele Menschen wollen eine bessere und gerechtere Gesellschaft. Die
- 33 Mehrheit will ein solidarisches Deutschland.
- 34
- 35 12. Diese solidarische Mehrheit wollen wir für unsere Politik gewinnen. Wir werben um Unterstützung
- 36 und ermutigen zur Mitarbeit.
- 37
- 38 13. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft für nachhaltigen Fortschritt und soziale
- 39 Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert.